

Bedingungen für die mycard2go Karten der Wirecard Bank AG	2
Vorvertragliche Informationen	7
Terms and Conditions for mycard2go cards of the Wirecard Bank AG	10
Precontractual information	14
Allgemeine Geschäftsbedingungen mywirecard 2go Visa	17
Terms and Conditions mywirecard 2go Visa	22

Die nachfolgenden Bedingungen gelten für die mycard2go Zahlungskarten („**Karte**“) der Wirecard Bank AG („**Bank**“).

1. Kartenarten

Der Karteninhaber erhält die Karte in Form einer Plastikkarte („**Plastikkarte**“) oder in Form eines Datensatzes („**virtuelle Karte**“).

- (1) Die Plastikkarte kann bei einer Vertriebsstelle der Bank in den Produktstufen „GO“, „LIMITED“ und „ULTIMATE“ erworben werden. Die Plastikkarte kann auch direkt bei der Bank unter www.mycard2go.com in den Produktstufen „LIMITED“ und „ULTIMATE“ erworben werden.
- (2) Die virtuelle Karte kann direkt bei der Bank unter www.mycard2go.com erworben werden. Sie steht in den Produktstufen „LIMITED“ und „ULTIMATE“ zur Verfügung. Vor der erstmaligen Verwendung einer virtuellen Karte muss der Karteninhaber das Mindestguthaben sowie das Aktivierungsentgelt jeweils gemäß des Anhangs „mycard2go Preise & Leistungen“ an die Bank zahlen. Dies gilt nicht, wenn der Karteninhaber bereits über eine Plastikkarte verfügt. Eine virtuelle Karte kann zu einer Plastikkarte in der entsprechenden Produktstufe umgewandelt werden.

2. Produktstufen

- (1) In der **Produktstufe „GO“** kann der Karteninhaber die Plastikkarte nur einmal bei Erwerb der Plastikkarte bei einer Vertriebsstelle der Bank mit maximal 100 Euro aufladen. Die Plastikkarte ist von dem Karteninhaber vor der ersten Nutzung per SMS oder auf www.mycard2go.com zu aktivieren („**Aktivierung**“).
- (2) In der **Produktstufe „LIMITED“** kann der Karteninhaber die Karte durch Überweisung von einem Konto des Karteninhabers auf das von der Bank angegebene Konto oder an einer Vertriebsstelle der Bank pro Kalendermonat mit maximal 100 Euro aufladen. Der Karteninhaber muss sich vor der Freischaltung für diese Produktstufe auf www.mycard2go.com unter Angabe der dort geforderten Daten („**Karteninhaberdaten**“) registrieren. Die Bank ist berechtigt, die Freischaltung bei Zweifeln an der Richtigkeit der Karteninhaberdaten abzulehnen.
- (3) In der **Produktstufe „ULTIMATE“** kann der Karteninhaber die Karte durch Überweisung auf das von der Bank angegebene Konto oder an einer Vertriebsstelle der Bank bis zu der in dem Anhang „mycard2go Preise & Leistungen“ genannten Höhe aufladen. Im Rahmen der Registrierung auf www.mycard2go.com hat der Karteninhaber seine Karteninhaberdaten anzugeben. Er muss sich zudem vor der Freischaltung für diese Produktstufe durch ein von der Bank vorgegebenes Identifizierungsverfahren identifizieren. Die Bank ist berechtigt, die Freischaltung bei Zweifeln an der Richtigkeit der Karteninhaberdaten abzulehnen.
- (4) Der Karteninhaber kann auf www.mycard2go.com jederzeit einen Wechsel zu der nächsthöheren Produktstufe beantragen.
- (5) Der Karteninhaber ist verpflichtet, der Bank auf Anforderung die zur Erfüllung ihrer geldwäscherechtlichen Pflichten erforderlichen Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen und sich im Laufe der Vertragsbeziehung ergebende Änderungen unverzüglich anzuzeigen.

3. Verwendungsmöglichkeiten

- (1) Die von der Bank ausgegebene Karte kann der Karteninhaber im Inland und als weitere Dienstleistung auch im Ausland im Rahmen des Visa Verbundes einsetzen
 - bei Unternehmen, die die Karte als Zahlungsmittel akzeptieren („**Vertragsunternehmen**“) und
 - darüber hinaus als weitere Dienstleistung zum Abheben von Bargeld an Geldautomaten (gilt nur für Plastikkarten in der Produktstufe „ULTIMATE“).
 Der Karteninhaber kann die virtuelle Karte nur für Bezahlvorgän-

ge über das Internet, Telefon, Telefax oder E-Mail einsetzen.

Die Vertragsunternehmen und Geldautomaten sind an den Akzeptanzsymbolen zu erkennen, die unter www.mycard2go.com und auf der Plastikkarte zu sehen sind.

- (2) In der Produktstufe „ULTIMATE“ kann der Karteninhaber zudem über seinen Online-Kontozugang (vgl. Absatz 3) Guthabenbeträge von seiner Karte unter Angabe von jeweils der Handynummer des Zahlungsempfängers und des Zahlungsbetrags auf die Karte eines anderen Karteninhabers übertragen („**go2go Transaktion**“).
- (3) Der Karteninhaber erhält in allen Produktstufen einen über www.mycard2go.com erreichbaren Online-Zugang zu seinem Kartenkonto („**Online-Kontozugang**“), über die er Informationen (Umsätze, Gutschriften, Kontosaldo) abrufen kann. Der Karteninhaber hat die ihm erteilten Informationen auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit unverzüglich zu überprüfen und etwaige Einwendungen unverzüglich zu erheben. Zur Nutzung des Online-Kontozugangs legt der Karteninhaber das Passwort fest.
- (4) Die Aktivierung von mehreren mycard2go Karten ist möglich. Der Karteninhaber kann eine mycard2go im Produktstatus GO sowie eine mycard2go im Produktstatus LIMITED oder ULTIMATE registrieren. Es ist nicht möglich, zwei mycard2go Karten mit dem identischen Produktstatus zu registrieren.

4. Persönliche Geheimzahl (PIN)

Für die Nutzung von Geldautomaten und automatisierten Kassen kann dem Karteninhaber eine persönliche Geheimzahl („**PIN**“ = persönliche Identifizierungsnummer) für seine Plastikkarte zur Verfügung gestellt werden. Die Plastikkarte kann an Geldautomaten sowie an automatisierten Kassen, an denen im Zusammenhang mit der Verwendung der Karte die PIN eingegeben werden muss, nicht mehr eingesetzt werden, wenn die PIN dreimal hintereinander falsch eingegeben wurde. Der Karteninhaber sollte sich in diesem Fall mit der Bank in Verbindung setzen.

5. Autorisierung von Kartenzahlungen

- (1) Bei Nutzung der Plastikkarte ist
 - entweder ein Beleg zu unterschreiben, auf den das Vertragsunternehmen die Kartendaten übertragen hat,
 - oder an Geldautomaten und automatisierten Kassen die PIN einzugeben
 - oder bei Nutzung der kontaktlosen Bezahlfunktion – sofern diese Funktion auf der Plastikkarte vorhanden ist – die Plastikkarte vor das Empfangsgerät des Vertragsunternehmens zu halten.
 Bei Nutzung der Plastikkarte sowie bei Nutzung der virtuellen Karte kann der Karteninhaber nach vorheriger Abstimmung zwischen Karteninhaber und Vertragsunternehmen – insbesondere zur Beschleunigung des Geschäftsvorfalles – ausnahmsweise darauf verzichten, den Beleg zu unterzeichnen und stattdessen lediglich seine Kartenummer sowie ggf. das Verfallsdatum und die Kartenprüfziffer angeben. Für die Durchführung einer go2go Transaktion ist die Eingabe eines von dem Karteninhaber festgelegten Passwortes („**Passwort**“) erforderlich.
- (2) Mit dem Einsatz der Karte erteilt der Karteninhaber die Zustimmung (Autorisierung) zur Ausführung der Kartenzahlung. Soweit dafür zusätzlich die Unterschrift, die PIN oder das Passwort erforderlich ist, wird die Zustimmung erst mit deren Einsatz erteilt. Nach Erteilung der Zustimmung kann der Karteninhaber die Kartenzahlung nicht mehr widerrufen.

6. Ablehnung von Kartenzahlungen durch die Bank

Die Bank ist berechtigt, die Kartenzahlung abzulehnen, wenn

- sich der Karteninhaber nicht mit seiner PIN bzw. seinem Passwort legitimiert hat,
- der für die Kartenzahlung geltende Verfügungsrahmen der

Karte oder die finanzielle Nutzungsgrenze nicht eingehalten ist oder

- die Karte gesperrt ist.

Hierüber wird der Karteninhaber über das Terminal, an dem die Karte eingesetzt wird, und im Falle der Ablehnung einer go2go Transaktion über seinen Online-Kontozugang unterrichtet.

7. Ausführungsfrist

Der Zahlungsvorgang wird vom Zahlungsempfänger ausgelöst. Nach Zugang des Zahlungsauftrages bei der Bank ist diese verpflichtet sicherzustellen, dass der Kartenzahlungsbetrag spätestens zu dem im Anhang „mycard2go Preise & Leistungen“ angegebenen Zeitpunkt beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers eingeht.

8. Finanzielle Nutzungsgrenze

Die Karte kann nur im Rahmen des zuvor in der mit der Bank vereinbarten Weise auf das Kartenkonto überwiesenen Guthabens genutzt werden. Zudem gelten die Nutzungsgrenzen („Limits“) in dem Anhang „mycard2go Preise & Leistungen“.

9. Rücktausch

Der Karteninhaber kann von der Bank die vollständige oder teilweise Auszahlung des Kartenguthabens auf das von ihm benannte Bankkonto verlangen (Rücktausch). Für einen Rücktausch, der vor Beendigung des Kartenvertrags oder nach mehr als einem Jahr nach Beendigung des Kartenvertrags verlangt wird, können Entgelte gemäß dem Anhang „mycard2go Preise & Leistungen“ anfallen.

10. Sorgfalts- und Mitwirkungspflichten des Karteninhabers

10.1 Unterschrift

Der Karteninhaber hat eine ihm ausgehändigte Plastikkarte nach Erhalt unverzüglich auf dem Unterschriftsfeld zu unterschreiben.

10.2 Sorgfältige Aufbewahrung der Kartendaten und der Plastikkarte

Die Kartendaten der virtuellen Karte und die Plastikkarte sind mit besonderer Sorgfalt aufzubewahren, um zu verhindern, dass sie abhandenkommen oder missbräuchlich verwendet werden.

10.3 Geheimhaltung der PIN und des Passwortes

Der Karteninhaber hat auch dafür Sorge zu tragen, dass keine andere Person Kenntnis von seiner PIN und seinem Passwort erlangt.

10.4 Unterrichts- und Anzeigepflichten des Karteninhabers

- (1) Stellt der Karteninhaber den Verlust oder Diebstahl seiner Plastikkarte oder missbräuchliche Verfügungen mit der Karte und ggf. seiner PIN oder seinem Passwort fest, so ist die Bank unverzüglich über die Rufnummer **00800/9473 22 70** zu unterrichten, um die Karte sperren zu lassen. Der Karteninhaber hat einen Diebstahl oder Missbrauch auch unverzüglich bei der Polizei anzuzeigen.
- (2) Hat der Karteninhaber den Verdacht, dass
 - eine andere Person unberechtigt in den Besitz seiner Plastikkarte und ggf. von PIN oder Passwort gelangt ist oder Kenntnis von den Kartendaten der virtuellen Karte erlangt hat oder
 - eine missbräuchliche Verwendung oder eine sonstige nicht autorisierte Nutzung der Karte und ggf. von PIN oder Passwort vorliegt,
 muss der Karteninhaber ebenfalls unverzüglich eine Sperranzeige abgeben.
- (3) Der Karteninhaber hat die Bank unverzüglich nach Feststel-

lung einer nicht autorisierten oder einer fehlerhaft ausgeführten Kartenverfügung zu unterrichten.

11. Zahlungsverpflichtung des Karteninhabers

- (1) Die Bank ist gegenüber den Vertragsunternehmen sowie den Zahlungsdienstleistern, die die Karte zur Bargeldauszahlung an Geldautomaten akzeptieren, verpflichtet, die vom Karteninhaber mit der Karte getätigten Umsätze zu begleichen.
- (2) Die Bank unterrichtet den Karteninhaber mindestens einmal monatlich über den Online-Zugang über alle im Zusammenhang mit der Begleichung der Kartenumsätze entstehenden Aufwendungen. Dies kann dadurch geschehen, dass die Bank nach vorheriger Vereinbarung mit dem Karteninhaber ihm diese gesammelte Abrechnung zum elektronischen Abruf bereitstellt.
- (3) Einwendungen und sonstige Beanstandungen des Karteninhabers aus seinem Vertragsverhältnis zu dem Vertragsunternehmen, bei dem die Karte eingesetzt wurde, sind unmittelbar gegenüber dem Vertragsunternehmen geltend zu machen.

12. Fremdwährungsumrechnung

Nutzt der Karteninhaber die Karte für Verfügungen, die nicht auf Euro lauten, wird das Kartenkonto gleichwohl in Euro belastet. Die Bestimmung des Kurses bei Fremdwährungsgeschäften ergibt sich aus dem Anhang „mycard2go Preise & Leistungen“. Eine Änderung des in der Umrechnungsregelung ggf. genannten Referenzwechsellkurses wird unmittelbar und ohne vorherige Benachrichtigung des Karteninhabers wirksam.

13. Entgelte und Auslagen

- (1) Die vom Karteninhaber gegenüber der Bank geschuldeten Entgelte und Auslagen ergeben sich aus dem Anhang „mycard2go Preise & Leistungen“.
- (2) Änderungen der Entgelte werden dem Karteninhaber spätestens zwei Monate vor dem Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Karteninhaber mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart (z. B. den Online-Kontozugang), können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden. Die Zustimmung des Karteninhabers gilt als erteilt, wenn er seine Ablehnung nicht vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen angezeigt hat. Auf diese Genehmigungswirkung wird ihn die Bank in ihrem Angebot besonders hinweisen.
- (3) Werden dem Karteninhaber Änderungen der Entgelte angeboten, kann er diese Geschäftsbeziehung vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen auch fristlos und kostenfrei kündigen. Auf dieses Kündigungsrecht wird die Bank den Karteninhaber in ihrem Angebot besonders hinweisen.

14. Erstattungs- und Schadensersatzansprüche des Karteninhabers

14.1 Erstattung bei nicht autorisierter Kartenverfügung

Im Falle einer nicht autorisierten Kartenverfügung in Form

- der Abhebung von Bargeld oder
- der Verwendung der Karte bei einem Vertragsunternehmen hat die Bank gegen den Karteninhaber keinen Anspruch auf Erstattung ihrer Aufwendungen. Die Bank ist verpflichtet, dem Karteninhaber den Betrag unverzüglich und ungekürzt zu erstatten. Wurde der Betrag einem Konto belastet, bringt die Bank dieses wieder auf den Stand, auf dem es sich ohne die nicht autorisierte Kartenverfügung befunden hätte.

14.2 Erstattung bei nicht erfolgter oder fehlerhafter Ausführung einer autorisierten Kartenverfügung

- (1) Im Falle einer nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung einer autorisierten Kartenverfügung in Form

- der Abhebung von Bargeld oder
- der Verwendung der Karte bei einem Vertragsunternehmen kann der Karteninhaber von der Bank die unverzügliche und ungekürzte Erstattung des Verfügungsbetrages insoweit verlangen, als die Kartenverfügung nicht erfolgte oder fehlerhaft war. Wurde der Betrag einem Konto belastet, bringt die Bank dieses wieder auf den Stand, auf dem es sich ohne die nicht erfolgte oder fehlerhafte Kartenverfügung befunden hätte.

- (2) Der Karteninhaber kann über den Absatz 1 hinaus von der Bank die Erstattung der Entgelte und Zinsen insoweit verlangen, als ihm diese im Zusammenhang mit der nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung der autorisierten Kartenverfügung in Rechnung gestellt oder seinem Konto belastet wurden.
- (3) Besteht die fehlerhafte Ausführung darin, dass eine autorisierte Kartenverfügung beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers erst nach Ablauf der Ausführungsfrist in Nummer 7 eingeht (Verspätung), sind die Ansprüche des Karteninhabers nach den Absätzen 1 und 2 ausgeschlossen. Ist dem Karteninhaber durch die Verspätung ein Schaden entstanden, haftet die Bank nach Nummer 14.3.
- (4) Wurde eine autorisierte Kartenverfügung nicht oder fehlerhaft ausgeführt, wird die Bank die Kartenverfügung auf Verlangen des Karteninhabers nachvollziehen und ihn über das Ergebnis unterrichten.

14.3 Schadensersatzansprüche des Karteninhabers aufgrund einer nicht autorisierten oder einer nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung einer autorisierten Kartenverfügung

Im Falle einer nicht autorisierten Kartenverfügung oder im Falle einer nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung einer autorisierten Kartenverfügung kann der Karteninhaber von der Bank einen Schaden, der nicht bereits von Nummer 14.1 und 14.2 erfasst ist, ersetzt verlangen. Dies gilt nicht, wenn die Bank die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Die Bank hat hierbei ein Verschulden, das einer zwischengeschalteten Stelle zur Last fällt, wie eigenes Verschulden zu vertreten, es sei denn, dass die wesentliche Ursache bei einer zwischengeschalteten Stelle liegt, die der Karteninhaber vorgegeben hat. Erfolgt der Einsatz der Karte in einem Land außerhalb Deutschlands und des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) (Drittstaat) oder in der Währung eines Staates außerhalb des EWR (Drittstaatenwährungszahlung), beschränkt sich die Haftung der Bank für das Verschulden einer an der Abwicklung des Zahlungsvorgangs beteiligten Stelle auf die sorgfältige Auswahl und Unterweisung einer solchen Stelle. Hat der Karteninhaber durch ein schuldhaftes Verhalten zur Entstehung des Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang Bank und Karteninhaber den Schaden zu tragen haben. Die Haftung nach diesem Absatz ist auf 12.500,- Euro je Kartenverfügung begrenzt. Diese betragsmäßige Haftungsbeschränkung gilt nicht

- für vom Karteninhaber nicht autorisierte Kartenverfügungen,
- bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit der Bank,
- für Gefahren, die die Bank besonders übernommen hat, und
- für den dem Karteninhaber entstandenen Zinsschaden, soweit der Karteninhaber Verbraucher ist.

14.4 Frist für die Geltendmachung von Ansprüchen nach Nummer 14.1 bis 14.3

Ansprüche gegen die Bank nach Nummer 14.1 bis 14.3 sind ausgeschlossen, wenn der Karteninhaber die Bank nicht unverzüglich, spätestens jedoch 13 Monate nach dem Tag der Belastung mit der Kartenverfügung darüber unterrichtet hat, dass es sich um eine nicht autorisierte, nicht erfolgte oder fehlerhafte Kartenverfügung handelt. Der Lauf der 13-monatigen Frist beginnt nur, wenn die Bank den Karteninhaber über die aus der Kartenverfügung resultierende Belastungsbuchung

entsprechend dem für Umsatzinformationen vereinbarten Weg spätestens innerhalb eines Monats nach der Belastungsbuchung unterrichtet hat. Anderenfalls ist für den Fristbeginn der Tag der Unterrichtung maßgeblich. Haftungsansprüche nach Nummer 14.3 kann der Karteninhaber auch nach Ablauf der Frist in Absatz 1 geltend machen, wenn er ohne Verschulden an der Einhaltung dieser Frist gehindert war.

14.5 Erstattungsanspruch bei einer autorisierten Kartenverfügung ohne genaue Betragsangabe und Frist für die Geltendmachung des Anspruchs

- (1) Der Karteninhaber kann von der Bank die unverzügliche und ungekürzte Erstattung des Verfügungsbetrages verlangen, wenn er eine Kartenverfügung bei einem Vertragsunternehmen in der Weise autorisiert hat, dass
 - bei der Autorisierung der genaue Betrag nicht angegeben wurde und
 - der Zahlungsvorgang den Betrag übersteigt, den der Karteninhaber entsprechend seinem bisherigen Ausgabeverhalten, dem Inhalt des Kartenvertrages und den jeweiligen Umständen des Einzelfalles hätte erwarten können. Mit einem etwaigen Währungsumtausch zusammenhängende Gründe bleiben außer Betracht, wenn der vereinbarte Wechselkurs zugrunde gelegt wurde.
- (2) Der Karteninhaber ist verpflichtet, gegenüber der Bank die Sachumstände darzulegen, aus denen er seinen Erstattungsanspruch herleitet.
- (3) Der Anspruch auf Erstattung ist ausgeschlossen, wenn er nicht innerhalb von acht Wochen nach dem Zeitpunkt der Belastung des Umsatzes auf dem Abrechnungskonto gegenüber der Bank geltend gemacht wird.

14.6 Haftungs- und Einwendungsausschluss

Ansprüche des Karteninhabers gegen die Bank nach Nummer 14.1 bis 14.5 sind ausgeschlossen, wenn die einen Anspruch begründenden Umstände

- auf einem ungewöhnlichen und unvorhersehbaren Ereignis beruhen, auf das die Bank keinen Einfluss hat und dessen Folgen trotz Anwendung der gebotenen Sorgfalt von ihr nicht hätten vermieden werden können, oder
- von der Bank aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung herbeigeführt wurden.

15 Haftung des Karteninhabers für nicht autorisierte Kartenverfügungen

15.1 Haftung des Karteninhabers bis zur Sperranzeige

- (1) Verliert der Karteninhaber seine Plastikkarte oder seine Kartendaten oder PIN, werden sie ihm gestohlen oder kommen sie ihm sonst abhanden und kommt es dadurch zu einer nicht autorisierten Kartenverfügung in Form
 - der Abhebung von Bargeld oder
 - der Verwendung der Karte bei einem Vertragsunternehmen, so haftet der Karteninhaber für Schäden, die bis zum Zeitpunkt der Sperranzeige verursacht werden, gemäß Absatz 3 nur, wenn er seine Pflichten vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt hat.
- (2) Das Gleiche gilt, wenn es vor der Sperranzeige zu einer nicht autorisierten Kartenverfügung kommt, ohne dass ein Verlust, Diebstahl oder ein sonstiges Abhandenkommen der Karte und/oder Kartendaten und/oder PIN vorliegt.
- (3) Kommt es vor der Sperranzeige zu einer nicht autorisierten Verfügung und hat der Karteninhaber seine Sorgfaltspflichten nach diesen Bedingungen vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt oder in betrügerischer Absicht gehandelt, trägt der Karteninhaber den hierdurch entstandenen Schaden in vollem Umfang. Grobe Fahrlässigkeit des Karteninhabers kann insbesondere dann vorliegen, wenn
 - er den Verlust, Diebstahl oder die missbräuchliche Verfü-

- gung der Bank schuldhaft nicht unverzüglich mitgeteilt hat,
- die PIN auf der Plastikkarte vermerkt oder zusammen mit der Plastikkarte verwahrt war (z. B. im Originalbrief, in dem sie dem Karteninhaber mitgeteilt wurde) oder
 - die PIN einer anderen Person mitgeteilt und der Missbrauch dadurch verursacht wurde.
- (4) Die Haftung für Schäden, die innerhalb des Zeitraums, für den der Verfügungsrahmen gilt, verursacht werden, beschränkt sich auf das vorhandene Guthaben.

15.2 Haftung des Karteninhabers ab Sperranzeige

Sobald der Verlust oder Diebstahl der Karte, die missbräuchliche Verwendung oder eine sonstige nicht autorisierte Nutzung von Karte und/oder PIN gegenüber der Bank angezeigt wurde, übernimmt die Bank alle danach durch Verfügungen in Form

- der Abhebung von Bargeld oder
- der Verwendung der Karte bei einem Vertragsunternehmen entstehenden Schäden. Handelt der Karteninhaber in betrügerischer Absicht, trägt der Karteninhaber auch die nach der Sperranzeige entstehenden Schäden.

16. Eigentum an der Plastikkarte und Gültigkeit der Karte

- (1) Die Plastikkarte bleibt im Eigentum der Bank. Sie ist nicht übertragbar.
- (2) Die Karte ist ein Jahr ab ihrer Aktivierung gültig. Mit der Aushändigung einer neuen, spätestens aber nach Ablauf der Gültigkeit einer Plastikkarte ist die Bank berechtigt, die alte Plastikkarte zurückzuverlangen. Endet die Berechtigung, die Plastikkarte zu nutzen, vorher (z. B. durch die Kündigung des Kartenvertrages), so hat der Karteninhaber eine ihm ausgehändigte Plastikkarte unverzüglich an die Bank zurückzugeben.

17. Kündigungsrecht des Karteninhabers

Der Karteninhaber kann den Kartenvertrag jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen.

18. Kündigungsrecht der Bank

Die Bank kann den Kartenvertrag unter Einhaltung einer angemessenen, mindestens zweimonatigen Kündigungsfrist kündigen. Die Bank wird den Kartenvertrag mit einer längeren Kündigungsfrist kündigen, wenn dies unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Karteninhabers geboten ist. Die Bank kann den Kartenvertrag fristlos kündigen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, durch den die Fortsetzung dieses Vertrages auch unter angemessener Berücksichtigung der berechtigten Belange des Karteninhabers für die Bank unzumutbar ist.

19. Folgen der Kündigung

Mit Wirksamwerden der Kündigung darf die Karte nicht mehr benutzt werden. Eine dem Karteninhaber ausgehändigte Plastikkarte ist unverzüglich und unaufgefordert an die Bank zurückzugeben. Das nicht verbrauchte Kartenguthaben wird von der Bank nach Maßgabe von Nummer 9 erstattet.

20. Einziehung und Sperre der Karte

Die Bank darf die Karte sperren und den Einzug der Karte (z. B. an Geldautomaten) veranlassen,

- wenn sie berechtigt ist, den Kartenvertrag aus wichtigem Grund zu kündigen,
- wenn sachliche Gründe im Zusammenhang mit der Sicherheit der Karte dies rechtfertigen oder
- wenn der Verdacht einer nicht autorisierten oder betrügerischen Verwendung der Karte besteht.

Die Bank wird den Karteninhaber unter Angabe der hierfür maßgeblichen Gründe möglichst vor, spätestens jedoch unverzüglich nach der Sperre über die Sperre unterrichten. Die Bank wird die Karte auf Wunsch des Karteninhabers durch

eine neue Karte ersetzen, wenn die Gründe für die Sperre nicht mehr gegeben sind. Auch hierüber unterrichtet sie den Karteninhaber unverzüglich.

21. Änderungen der Bedingungen

Änderungen dieser Bedingungen werden dem Karteninhaber spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Karteninhaber mit der Bank im Rahmen seiner Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart (z. B. das Online-Kartenkonto), können die Änderungen auch auf diesem Weg angeboten werden. Seine Zustimmung gilt als erteilt, wenn er seine Ablehnung nicht vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen angezeigt hat. Auf diese Genehmigungswirkung wird ihn die Bank in ihrem Angebot hinweisen.

Werden dem Karteninhaber Änderungen dieser Bedingungen angeboten, kann er den Kartenvertrag vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen auch fristlos und kostenfrei kündigen. Auf dieses Kündigungsrecht wird ihn die Bank in ihrem Angebot hinweisen.

22. Maßgebliches Recht

Für die Geschäftsverbindung zwischen dem Karteninhaber und der Bank gilt deutsches Recht.

23. Einlagensicherungsfonds

(1) Schutzzumfang

Die Bank ist dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. angeschlossen. Der Einlagensicherungsfonds sichert alle Verbindlichkeiten, die in der Bilanzposition „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ auszuweisen sind. Hierzu zählen Sicht-, Termin- und Spareinlagen einschließlich der auf den Namen lautenden Sparbriefe. Die Sicherungsgrenze je Gläubiger beträgt bis zum 31. Dezember 2014 30 %, bis zum 31. Dezember 2019 20 %, bis zum 31. Dezember 2024 15 % und ab dem 1. Januar 2025 8,75 % des für die Einlagensicherung maßgeblichen haftenden Eigenkapitals der Bank. Für Einlagen, die nach dem 31. Dezember 2011 begründet oder prolongiert werden, gelten, unabhängig vom Zeitpunkt der Begründung der Einlage, die jeweils neuen Sicherungsgrenzen ab den vorgenannten Stichtagen. Für Einlagen, die vor dem 31. Dezember 2011 begründet wurden, gelten die alten Sicherungsgrenzen bis zur Fälligkeit der Einlage oder bis zum nächstmöglichen Kündigungstermin. Diese Sicherungsgrenze wird dem Karteninhaber von der Bank auf Verlangen bekannt gegeben. Sie kann auch im Internet unter www.bankenverband.de abgefragt werden. Sofern es sich bei der Bank um eine Zweigniederlassung eines Instituts aus einem anderen Staat des Europäischen Wirtschaftsraumes handelt, erbringt der Einlagensicherungsfonds Entschädigungsleistungen nur, wenn und soweit die Guthaben die Sicherungsgrenze der Heimatlandeinlagensicherung übersteigen. Der Umfang der Heimatlandeinlagensicherung kann im Internet auf der Webseite der jeweils zuständigen Sicherungseinrichtung abgefragt werden, deren Adresse dem Karteninhaber auf Verlangen von der Bank mitgeteilt wird.

(2) Ausnahmen vom Einlegerschutz

Nicht geschützt sind Forderungen, über die die Bank Inhaberpapiere ausgestellt hat, wie z. B. Inhaberschuldverschreibungen und Inhabereinlagenzertifikate, sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

(3) Ergänzende Geltung des Statuts des Einlagensicherungsfonds

Wegen weiterer Einzelheiten des Sicherungsumfanges wird auf § 6 des Statuts des Einlagensicherungsfonds verwiesen, das auf Verlangen zur Verfügung gestellt wird.

(4) Forderungsübergang

Soweit der Einlagensicherungsfonds oder ein von ihm Beauftragter Zahlungen an einen Karteninhaber leistet, gehen dessen Forderungen gegen die Bank in entsprechender Höhe mit allen Nebenrechten Zug um Zug auf den Einlagensicherungsfonds über.

(5) Auskunftserteilung

Die Bank ist befugt, dem Einlagensicherungsfonds oder einem von ihm Beauftragten alle in diesem Zusammenhang erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

24. Außergerichtliche Streitschlichtung und Beschwerdemöglichkeit

Die Bank nimmt am Streitbeilegungsverfahren der Verbraucherschlichtungsstelle „Ombudsmann der privaten Banken“ (www.bankenombudsmann.de) teil. Dort hat der Verbraucher die Möglichkeit, zur Beilegung einer Streitigkeit mit der Bank den Ombudsmann der privaten Banken anzurufen. Betrifft der Beschwerdegegenstand eine Streitigkeit über einen Zahlungsdienstvertrag (§675f des Bürgerlichen Gesetzbuches), können auch Karteninhaber, die keine Verbraucher sind, den Ombudsmann der privaten Banken anrufen. Näheres regelt die „Verfahrensordnung für die Schlichtung von Kundenbeschwerden im deutschen Bankgewerbe“, die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird oder im Internet unter www.bankenverband.de abrufbar ist. Die Beschwerde ist in Textform (z. B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) an die Kundenbeschwerdestelle beim Bundesverband deutscher Banken e. V., Postfach 04 03 07, 10062 Berlin, Fax: (030) 1663-3169, E-Mail: ombudsmann@bdb.de, zu richten.

Ferner besteht für den Karteninhaber die Möglichkeit, sich jederzeit schriftlich oder zur dortigen Niederschrift bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn, und Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt am Main oder bei der Europäischen Zentralbank, Sonnemannstr. 20, 60439 Frankfurt am Main über Verstöße der Bank gegen das Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (ZAG), die §§ 675c – 676c des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) oder gegen Art. 248 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) zu beschweren.

Vorvertragliche Informationen bei im Fernabsatz geschlossenen Verträgen über Finanzdienstleistungen hier: Informationen zu mycard2go – Karten in den Produktstufen LIMITED und ULTIMATE (Stand: November 16)

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde, bei im Fernabsatz geschlossenen Verträgen über Finanzdienstleistungen ist die Wirecard Bank AG verpflichtet, den Verbraucher rechtzeitig vor Abschluss des Vertrages nach Maßgabe des Artikels 246b EGBGB zu informieren.

Der Karteninhaber erhält die mycard2go Karte in Form einer Plastikkarte („Plastikkarte“) oder in Form eines Datensatzes als virtuelle Karte („virtuelle Karte“). Die Plastikkarte und die virtuelle Karte (zusammen „mycard2go Karten“) können direkt bei der Bank unter www.mycard2go.com in den Produktstufen „LIMITED“ und „ULTIMATE“ erworben werden.

Wir geben Ihnen daher zu unseren **mycard2go – Karten in den Produktstufen LIMITED und ULTIMATE** nachfolgende Informationen.

Diese Informationen gelten bis auf weiteres und stehen in deutscher und englischer Sprache zur Verfügung.

Ihre Wirecard Bank AG

Übersicht

Teil A:

Allgemeine Informationen

A.1 Allgemeine Informationen zur Bank

A.2 Allgemeine Informationen zum Vertrag

Teil B:

Informationen zum Kartenvertrag für eine **mycard2go Karte in den Produktstufen LIMITED und ULTIMATE**

Teil C:

Widerrufsbelehrung

A. Allgemeine Informationen

A.1 Allgemeine Informationen zur Bank

Name und Anschrift der Bank

Wirecard Bank AG | Einsteining 35 | 85609 Aschheim

E-Mail: service@mycard2go.com

Phone: +49 (0)30 300 110 400*

Gesetzlich Vertretungsberechtigte der Bank (Vorstand)

Alexander von Knoop, Burkhard Ley, Rainer Wexeler

Eintragung der Hauptniederlassung im Handelsregister

Registergericht München HRB 161178

Zweigniederlassung unter gleicher Firma

Hopfenstr. 1d, 24114 Kiel

Hauptgeschäftstätigkeit der Bank

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art und von damit zusammenhängenden Geschäften.

Zuständige Aufsichtsbehörden

Für die Zulassung zuständige Aufsichtsbehörde:

Europäische Zentralbank, Sonnemannstr. 20, 60314 Frankfurt am Main | Internet: www.ecb.europa.eu

Für den Verbraucherschutz zuständige Aufsichtsbehörde:

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn und Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt am Main | Internet: www.bafin.de

Kennung der Bank bei der BaFin: 117969

Umsatzsteueridentifikationsnummer

DE 207 567 674

A.2 Allgemeine Informationen zum Vertrag

Vertragsprache

Maßgebliche Sprache für dieses Vertragsverhältnis und die Kommunikation mit dem Kunden während der Laufzeit des Vertrages ist Deutsch oder auf Wunsch des Kunden Englisch.

Rechtsordnung/Gerichtsstand

Gemäß Nr. 6 Abs. 1 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank gilt für den Vertragsschluss und die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und der Bank deutsches Recht. Deutsches Recht wird auch der Aufnahme von Beziehungen mit dem Kunden vor Vertragsabschluss zugrunde gelegt. Für Verbraucher gibt es keine Gerichtsstandsvereinbarung.

Außergerichtliche Streitschlichtung und Beschwerdemöglichkeit

Die Bank nimmt am Streitbelegungsverfahren der Verbraucherschlichtungsstelle „Ombudsmann der privaten Banken“ (www.bankenombudsmann.de) teil. Dort hat der Verbraucher die Möglichkeit, zur Beilegung einer Streitigkeit mit der Bank den Ombudsmann der privaten Banken anzurufen. Betrifft der Beschwerdegegenstand eine Streitigkeit über einen Zahlungsdienstevertrag (§ 675f des Bürgerlichen Gesetzbuches), können auch Kunden, die nicht Verbraucher sind, den Ombudsmann der privaten Banken anrufen. Näheres regelt die „Verfahrensordnung für die Schlichtung von Kundenbeschwerden im deutschen Bankgewerbe“, die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird oder im Internet unter www.bankenverband.de abrufbar ist. Die Beschwerde ist in Textform (z.B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) an die Kundenbeschwerdestelle beim Bundesverband deutscher Banken e.V., Postfach 04 03 07, 10062 Berlin, Fax: (030) 1663-3169, E-Mail: ombudsmann@bdb.de, zu richten.

Ferner besteht für den Kunden die Möglichkeit, sich jederzeit schriftlich oder zur dortigen Niederschrift bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn, und Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt am Main über Verstöße der Bank gegen das Zahlungsdienstevertragsgesetz (ZAG), die §§ 675c – 676c des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) oder gegen Art. 248 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) zu beschweren.

Online-Streitbelegungsplattform

Die Europäische Kommission hat eine Plattform zur Online-Streitbeilegung (OS) eingerichtet, die unter: <http://ec.europa.eu/consumers/odr/> zu erreichen ist. Verbraucher können diese Plattform für die außergerichtliche Beilegung ihrer Streitigkeiten aus Online-Verträgen nutzen.

Hinweis zum Bestehen einer freiwilligen Einlagensicherung

Die Bank ist dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. angeschlossen. Der Umfang der durch den Einlagensicherungsfonds geschützten Verbindlichkeiten ist in Nr. 20 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank beschrieben.

Informationen zur Bankverbindung

Bankleitzahl: 512 308 00

BIC- (SWIFT-) Code: WIREDEMM

Zustandekommen des Vertrages

Angebot des Kunden auf Vertragsschluss:

Der nichtregistrierte Kunde kann sich über www.mycard2go.com erstmalig anmelden und im Registrierungsbereich ein Upgrade seiner mycard2go Plastikkarte auf eine höhere Produktstufe (LIMITED oder ULTIMATE) oder die erstmalige Ausstellung der virtuellen Karte in der Produktstufe LIMITED oder ULTIMATE beantragen. Er gibt gegenüber der Bank ein ihn bindendes Angebot auf Ab-

schluss des Kartenvertrages für eine mycard2go Karte in der betreffenden Produktstufe ab, indem er den auf www.mycard2go.com bereitgestellten Registrierungsprozess abschließt und durch finales Versenden den „Kartenantrag“ an die Bank übermittelt und dieser ihr zugeht.

Der bereits registrierte Kunde kann über seinen Online-Kontozugang ein Upgrade seiner mycard2go Plastikkarte auf eine höhere Produktstufe (LIMITED oder ULTIMATE) oder ein Upgrade seiner virtuellen Karte LIMITED auf die Produktstufe ULTIMATE oder eine Umwandlung seiner virtuellen Karte in eine Plastikkarte in den Produktstufen LIMITED oder ULTIMATE beantragen. Er gibt gegenüber der Bank ein bindendes Angebot auf Abschluss des Kartenvertrages für eine mycard2go LIMITED oder ULTIMATE Plastikkarte oder für ein Upgrade auf die virtuelle Karte mycard2go ULTIMATE ab, indem er den auf www.mycard2go.com vorgesehenen Bestellprozess durch einen Klick auf den Button „jetzt gebührenpflichtig bestellen“ abschließt und damit den Antrag an die Bank übermittelt und dieser ihr zugeht.

Annahme der Bank:

Beantragt der Kunde erstmalig die virtuelle Karte, kommt der Kartenvertrag für eine mycard2go virtuelle Karte in der ausgewählten Produktstufe zustande, wenn die Bank dem Kunden – gegebenenfalls nach der erforderlichen Identitätsprüfung des Kunden – die Annahme des Vertrags durch Zusendung einer Email bestätigt.

Lässt der Kunde seine originäre virtuelle Karte umwandeln und beantragt der Kunde erstmalig die Plastikkarte, kommt der Kartenvertrag für eine mycard2go Karte in der ausgewählten Produktstufe zustande, wenn die Bank dem Kunden – gegebenenfalls nach der erforderlichen Identitätsprüfung des Kunden – die Annahme des Vertrages durch Übersendung der mycard2go LIMITED oder ULTIMATE Plastikkarte erklärt. Voraussetzung für eine Annahme des Vertrages ist, dass der Bank alle erforderlichen Unterlagen vorliegen. Beantragt der Kunde ein Upgrade seiner Karte, kommt der Kartenvertrag für eine mycard2go virtuelle Karte oder Plastikkarte in der betreffenden Produktstufe zustande, wenn die Bank dem Kunden – gegebenenfalls nach der erforderlichen Identitätsprüfung des Kunden – die Annahme des Vertrages durch Zusendung einer Email bestätigt.

B. Informationen zum Kartenvertrag für eine mycard2go Karte in den Produktstufen LIMITED und ULTIMATE

Wesentliche Leistungsmerkmale

Verwendungsmöglichkeiten

Die Bank gibt die mycard2go Karten als Plastikkarte und in Form eines Datensatzes als virtuelle Karte heraus.

Der Kunde kann die mycard2go Karten im Inland und als weitere Dienstleistung auch im Ausland im Rahmen des Visa Verbundes einsetzen

- zur bargeldlosen Bezahlung von Waren und Dienstleistungen bei Unternehmen, die die Karte als Zahlungsmittel akzeptieren („Vertragsunternehmen“) und
- darüber hinaus als weitere Dienstleistung zum Abheben von Bargeld an Geldautomaten (gilt nur für Plastikkarten in der Produktstufe „ULTIMATE“). Es gelten die im Preis- und Leistungsverzeichnis „mycard2go Preise & Leistungen“ aufgeführten Höchstbeträge für Abhebungen am Geldautomaten.

Der Karteninhaber einer virtuellen Karte kann diese nur für Bezahlvorgänge über das Internet, Telefon, Telefax oder E-Mail einsetzen. In der Produktstufe „ULTIMATE“ kann der Karteninhaber zudem über seinen Online-Kontozugang Guthabenbeträge von seiner Karte unter Angabe von der Handynummer des Zahlungsempfängers und des Zahlungsbetrags auf die Karte eines anderen Karteninhabers übertragen („go2go Transaktion“).

Für die Nutzung der mycard2go Karten gilt eine finanzielle Nut-

zungsgrenze (Nr. 8 der Bedingungen für die mycard2go Karten der Wirecard Bank AG). Der Einsatz der mycard2go Karten setzt eine vorherige Aufladung mit Guthaben voraus.

Die erstmalige Verwendung der virtuellen Karte setzt die Aufladung des Mindestguthabens und des Aktivierungsentgelts jeweils gemäß des Preis- und Leistungsverzeichnisses für die mycard2go Karten „mycard2go Preise & Leistungen“ voraus. Dies gilt nicht, wenn der Karteninhaber bereits über eine Plastikkarte verfügt.

Der Gegenwert jeder Transaktion sowie anfallende Entgelte reduzieren das verfügbare Kartenguthaben. Verfügungen über das Kartenguthaben hinaus sind nicht zulässig. Übersteigt der Gesamtbetrag einer gewünschten Transaktion einschließlich etwaig anfallender Entgelte das Guthaben, ist die Transaktion nicht möglich.

Zudem gelten die im Preis- und Leistungsverzeichnis für die mycard2go Karten „mycard2go Preise & Leistungen“ geregelten Betragsgrenzen für Aufladungen und Transaktionen.

Preise

Die anfallenden Entgelte ergeben sich, soweit nichts Abweichendes vereinbart wurde, aus dem jeweils gültigen Preis- und Leistungsverzeichnis für die mycard2go Karten „mycard2go Preise & Leistungen“, welches auf der Internetseiten www.mycard2go.com einsehbar ist und auf Wunsch dem Kunden zugesendet wird. Die Änderung von Entgelten erfolgt nach Maßgabe von Nr. 13 der Bedingungen für die mycard2go Karten der Wirecard Bank AG.

Hinweis auf vom Kunden zu zahlende Kosten

Eigene Kosten (z.B. für Ferngespräche, für Porti) hat der Kunde selbst zu tragen.

Leistungsvorbehalt

Keiner.

Zusätzliche Telekommunikationskosten

Keine.

Zahlung und Erfüllung des Vertrages

Zahlung der Entgelte durch den Karteninhaber

Entgelte fallen zu folgenden Zeitpunkten an:

- Jahrespreis, jährlich am Tag der Ausstellung der mycard2go Karten bzw. des Upgrades
- Sonstige Entgelte, unmittelbar nach Leistungserbringung
- Sonderleistungen, unmittelbar nach Leistungserbringung
- Aktivierungsentgelt für die erstmalige Verwendung einer virtuellen Karte, einmalig nach Vertragsschluss

Verpflichtungen der Bank

Die Bank erfüllt eine Zahlungsverpflichtung durch Zahlung im Rahmen des Visa Verbundes an ein Vertragsunternehmen oder durch Auszahlungen von Bargeld an den Kunden über Geldautomaten (gilt nur für Plastikkarten in der Produktstufe „ULTIMATE“) oder durch Buchung der Gutschrift auf dem Kartenkonto des Zahlungsempfängers und der Belastung auf dem Kartenkonto des Zahlers bei einer „go2go Transaktion“ (gilt nur in der Produktstufe „ULTIMATE“). Die Bank wird die hieraus resultierenden Aufwendungen zusammen mit den hierfür anfallenden Entgelten sofort mit dem Kartenguthaben verrechnen.

Zahlungsverpflichtung des Karteninhabers

Der Karteninhaber ist zur Erstattung der der Bank aus der Nutzung der mycard2go Karten entstandenen Aufwendungen verpflichtet. Diese werden zusammen mit den anfallenden Entgelten unmittelbar nach Leistungserbringung mit dem Kartenguthaben verrechnet.

Der Karteninhaber hat Reklamationen aus seinem Verhältnis zu dem Vertragsunternehmen unmittelbar mit dem Vertragsunternehmen zu klären. Die Zahlungsverpflichtung des Karteninhabers bleibt hiervon unberührt.

Rücktausch des Kartenguthabens

Der Karteninhaber kann von der Bank die vollständige oder teilweise Auszahlung des Kartenguthabens auf das von ihm benannte Bankkonto verlangen (Nr. 9 der Bedingungen für die mycard2go Karten). Für einen Rücktausch, der vor Beendigung des Kartenvertrags oder nach mehr als einem Jahr nach Beendigung des Kartenvertrags verlangt wird, können Entgelte gemäß dem Preis- und Leistungsverzeichnis „mycard2go Preise & Leistungen“ anfallen.

Bereitstellung von Dokumenten über das Online-Kartenkonto

Der Karteninhaber erhält in allen Produktstufen einen über www.mycard2go.com erreichbaren Online-Zugang zu seinem Kartenkonto, über die er Informationen (Umsätze, Gutschriften, Kontosaldo) abrufen kann.

Vertragliche Kündigungsregelungen

Es gelten die in Nr.13, Nr. 17, Nr. 18 und Nr. 21 der Bedingungen für die mycard2go Karten für den Kunden und die Bank festgelegten Kündigungsregeln.

Der Karteninhaber kann den Kartenvertrag jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen.

Die Bank kann den Kartenvertrag unter Einhaltung einer angemessenen, mindestens zweimonatigen Kündigungsfrist kündigen. Die Bank wird den Kartenvertrag mit einer längeren Kündigungsfrist kündigen, wenn dies unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Karteninhabers geboten ist. Die Bank kann den Kartenvertrag fristlos kündigen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, durch den die Fortsetzung dieses Vertrages auch unter angemessener Berücksichtigung der berechtigten Belange des Karteninhabers für die Bank unzumutbar ist.

Mit Wirksamwerden der Kündigung darf die mycard2go Karte nicht mehr benutzt werden. Die mycard2go Plastikkarate ist unverzüglich und unaufgefordert an die Bank zurückzugeben. Das nicht verbrauchte Kartenguthaben wird von der Bank nach Maßgabe von Nr. 9 der Bedingungen für die mycard2go Karten erstattet.

Mindestlaufzeit des Vertrages

Eine Mindestlaufzeit besteht nicht.

Sonstige Rechte und Pflichten von Bank und Kunden

Die Grundregeln für die gesamte Geschäftsverbindung zwischen Bank und Kunden sind in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank beschrieben. Daneben gelten die Bedingungen für die mycard2go Karten der Wirecard Bank AG, die Abweichungen oder Ergänzungen zu den Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthalten. Die vorgenannten Bedingungen stehen auf der Internetseite www.mycard2go.com in deutscher und englischer Sprache zur Verfügung und werden dem Kunden auf Wunsch zugesendet. Der Kunde kann jederzeit die Übermittlung der Vertragsbedingungen sowie dieser Informationen in Papierform oder auf einem anderen dauerhaften Datenträger verlangen.

Kommunikationsweg:

Für Mitteilungen und Erklärungen, die die Geschäftsbeziehung betreffen, verwendet der Karteninhaber – sofern nicht abweichend geregelt – die folgenden Kommunikationswege: service@mycard2go.com; Telefon: +49 (0)30 300 110 400; www.mycard2go.com; Wirecard Bank AG, Postfach 31 05 44, 04163 Leipzig

C. Widerrufsbelehrung

Ein Widerrufsrecht besteht bei Kartenverträgen für eine mycard2go Karte, die von einem Verbraucher im Fernabsatz abgeschlossen werden. Für dieses Widerrufsrecht gilt folgende Widerrufsbelehrung:

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen. Die Frist beginnt nach Erhalt dieser Belehrung auf einem dauerhaften Datenträger, jedoch nicht vor Vertragsschluss und auch nicht vor Erfüllung unserer Informationspflichten gemäß Artikel 246b § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Nummer 7 bis 12, 15 und 19 sowie Artikel 248 § 4 Absatz 1 EGBGB. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger (z.B. Brief, Telefax, E-Mail) erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an: Wirecard Bank AG | Einsteinring 35 | 85609 Aschheim
E-Mail: service.cc@wirecardbank.com
Phone: +49 (0)30 300 110 800*
Fax: +49 (0)180 5 94 73 23*

Widerrufsfolgen

Im Falle eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren. Sie sind zur Zahlung von Wertersatz für die bis zum Widerruf erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt haben, dass wir vor dem Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung beginnen. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf dennoch erfüllen müssen. Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden. Die Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang.

Besondere Hinweise

Bei Widerruf dieses Vertrages sind Sie auch an einen mit diesem Vertrag zusammenhängenden Vertrag nicht mehr gebunden, wenn der zusammenhängende Vertrag eine Leistung betrifft, die von uns oder einem Dritten auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen uns und dem Dritten erbracht wird.

Ende der Widerrufsbelehrung

Besondere Hinweise zur sofortigen Vertragsausführung

Die Bank wird sofort nach Annahme des Kartenvertrages für eine mycard2go Karte und noch vor Ablauf der Widerrufsfrist mit der Ausführung dieses Vertrages und der auf dessen Grundlage abgeschlossenen weiteren Verträge beginnen, wenn der Kunde hierzu seine ausdrückliche Zustimmung erteilt. Die ausdrückliche Zustimmung holt die Bank im Rahmen der Anträge auf Abschluss des vorbezeichneten Vertrages ein.

The following terms and conditions shall apply for the mycard2go payment card ("**Card**") of the Wirecard Bank AG.

1. Card types

The cardholder receives a card in the form of a plastic card ("**Plastic Card**") or a data set ("**Virtual Card**").

- (1) The Plastic Card can be purchased in the product levels "GO", "LIMITED" and "ULTIMATE" at a sales office of the bank. The plastic card can also be purchased directly at the bank under www.mycard2go.com in the product levels "LIMITED" and "ULTIMATE".
- (2) The Virtual Card can be purchased directly at the bank under www.mycard2go.com. It is available in the product levels "LIMITED" and "ULTIMATE". Prior to the first use of a virtual card, the card holder shall pay the minimum credit as well as the activation fee according to schedule Ymycard2go Prices & Services" to the Bank. This shall not apply if the cardholder already has a plastic card. A virtual card can be changed into a plastic card in the respective product level.

2. Product Levels

- (1) In the "**Product Level GO**" the cardholder may load the plastic card only once upon purchase of the plastic card at the sales office of the bank with a maximum amount of EUR 100. The cardholder must activate the plastic card prior to the first usage via SMS or on www.mycard2go.com ("**Activation**").
- (2) In the "**Product Level LIMITED**" the cardholder may load the card by bank transfer from an account of the cardholder to the account specified by the bank or to a sales office of the bank with a maximum amount of EUR 100 per calendar month. Prior to the activation of this product level the cardholder needs to register on www.mycard2go.com stating the respective required data ("**Cardholder Data**"). In case of doubts as to the accuracy of the cardholder date the bank is entitled to reject the card activation.
- (3) In the "**Product Level ULTIMATE**" the cardholder may load the card by bank transfer to the account specified by the bank or to a sales office of the bank up to an amount set forth in the schedule "mycard2go Fees and Services". During registration on www.mycard2go.com the cardholder needs to enter his cardholder data. Furthermore, the cardholder must identify himself using the identification process required by the bank. In case of doubts as to the accuracy of the cardholder data the bank is entitled to reject the card activation.
- (4) The cardholder may at any time apply for a change to the next higher product level on www.mycard2go.com.
- (5) On the bank's request the cardholder shall be obliged to provide the documents and information necessary for the bank to comply with its anti-money laundering obligations and shall be further obliged to inform the bank during the contractual relationship without delay about any changes.

3. Scope of Application

- (1) The cardholder can use the card issued by the bank domestically and as an additional service abroad within the Visa Group
 - at companies accepting the card as a means of payment ("merchants") and
 - furthermore as an additional service to withdraw cash from cash machines (only applies for plastic cards of the product level "ULTIMATE").

The cardholder may use the virtual card only for payment transaction via the internet, telephone, fax or E-mail.

The merchants and cash machines are labeled with the acceptance symbols which can be found on www.mycard2go.com and on the plastic card.

- (2) In addition, the cardholder may within the product level "ULTIMATE" transfer credit amounts via the online access to the

bank account (see paragraph 3) from the card to the card of another cardholder by entering the mobile phone number of the payee and the respective payment amount ("**go2go Transaction**").

- (3) In all product levels the cardholder is provided with an online access to the card account via www.mycard2go.com ("**online account access**") in order to access information (turnovers, credits, balances). The cardholder must immediately check the information provided as to accuracy and completeness and raise any objections without delay. The cardholder shall determine a password for the online account access.
- (4) It is possible to activate more than one mycard2go cards. The cardholder may register one mycard2go card in the product level Go as well as one mycard2go in the product level LIMITED or ULTIMATE. The registration of two cards with the same product level is not possible.

4. Personal Identification Number (PIN)

The cardholder can be provided with a personal identification number (PIN) for his plastic card in order to use cash machines and electronic cash terminals. If the password has been entered incorrectly three times in succession, the plastic card can no longer be used at cash machines and electronic cash terminals which require entering the PIN in connection with the usage of the card. In this case the cardholder should contact the bank.

5. Authorizations of card payments

- (1) When using the plastic card
 - a receipt is signed onto which the merchant has transferred the card date; or
 - the PIN is to be entered at cash machines or electronic cash terminals
 - or when using the contactless payment function – in case this function is provided for on the plastic card – the card must be held in front of the receiving device of the merchant.
- When using the plastic card as well as when using the virtual card the cardholder may - in particular in order to accelerate the business transaction - upon the prior agreement between the cardholder and the merchant waive the signing of the receipt and instead enter the card number and if necessary the expiry date and the card verification number. In order to execute a go2go transaction, the cardholder needs to enter a password ("**Password**") determined by the cardholder.
- (2) The use of the card shall constitute the cardholder's agreement (authorization) to the card payment transaction. If the signature, PIN or password are necessary to this end, the agreement shall be deemed to be given only upon signature or entry of the PIN and/or password.

6. Rejection of card payments by the bank

The bank shall be entitled to refuse the card payment if:

- The cardholder has not legitimized himself with his PIN or password respectively,
- The card's credit limit applicable for the card payment or the financial limit are exceeded or
- The card has been blocked

In this case the cardholder will be informed via the terminal at which the card is used in an case of a go2go transaction via the online account access.

7. Execution periods

The payment transaction is initiated by the payment recipient. Upon the bank's receipt of the payment order the bank shall be obliged to ensure that the card payment amount is received by the payment provider of the payment recipient no later than at the date stipulated in schedule "mycard2go Fees and Services".

8. Financial limit

The card can only be used within the credit amount transferred to the card account as previously agreed with the bank. Moreover the limits (“Limits”) set forth in Schedule “mycard2go Fees and Services” shall apply.

9. Redemption

The cardholder can require the bank to redeem the card credit in full or in parts to the bank account determined by the cardholder (Redemption). Any redemption required prior to the termination of the card contract or more than one year after the termination of the card contract may be subject to fees according to the schedule “mycard2go Fees and Services”.

10. Duty of care and cooperation of the cardholder

10.1. Signature

The cardholder shall sign the plastic card immediately after receipt on the signature field.

10.2 Safe storage of card data and plastic card

The card data of the virtual card and the plastic card shall be kept safe in order to prevent any loss or misuse.

10.3 Maintaining the secrecy of PIN and password

The cardholder shall ensure that no other person obtains knowledge of his PIN and password.

10.4 Cardholder's obligation to inform and notify

- (1) If the cardholder becomes aware of any loss or theft of his plastic card or any misuse of his card and – as the case may be – of his PIN and/or password, the bank shall be notified immediately by telephone on **00800/9473 2270** in order to have the card blocked. Any theft or misuse shall be reported to the police immediately.
- (2) If the cardholder suspects that
 - a third party has come into possession of the plastic card or the PIN and/or password without authorization or has obtained knowledge of the card data of the virtual card; or
 - a misuse or other unauthorized use of the card and - as the case may be – of PIN and password have occurred
 the cardholder also shall issue a card-blocking notification without delay.
- (3) The cardholder shall inform the bank immediately upon becoming aware of any unauthorized or incorrect card use.

11. Payment obligation of the cardholder

- (1) The bank shall be obliged towards the merchant and the payment service providers that accept the card for cash withdrawals at cash machines, to settle the transactions carried out by the cardholder using the card.
- (2) The bank informs the cardholder at least monthly via the online access of the cardholder to the account about any charges incurred in connection with the settlement of the card transactions. Upon prior agreement this may be done by providing the cardholder with the collective statement for electronic retrieval.
- (3) The cardholder shall raise any objections and any other complaints with regards to the contractual relationship between the cardholder and the merchant, at which the card was used, directly against the respective merchant.

12. Foreign Currency Conversion

In case the cardholder uses the card for transactions in other currencies than Euro, the account shall nevertheless be debited in Euro. The conversion rate that is applied for foreign currency transactions shall be determined according to the schedule „mycard2go Fees and Services“. Any change of the reference conversion rate as stated in the provisions related to

the conversion will become effective immediately and without prior notification of the cardholder.

13. Fees and Expenses

- (1) The Fees and Expenses owed by the cardholder to the bank are determined according to the schedule „mycard2go Fees and Services“.
- (2) Any change of the fees will be offered to the cardholder no later than two months before their date of entry into force. If the cardholder has agreed with the bank an electronic communication (e.g. online account access) the changes can also be notified using this channel. The changes shall be deemed to be approved by the cardholder unless the cardholder has indicated disapproval before their proposed entry into force. The bank shall expressly draw the cardholder's attention to this consequence in the offer.
- (3) If the cardholder is offered any changes of the fees, the cardholder is entitled to terminate this business relationship free of charge with immediate effect before the proposed entry into force of the changes. The bank shall expressly draw the cardholder's attention to this right of termination in the offer.

14. Cardholder's claims for refunds and compensation

14.1 Refund in the event of an unauthorised card transaction

In the event of an unauthorised card transaction in the form of

- a cash withdrawal; or
- the use of the card at a merchant the bank has no right to claim refunds of its expenses. The bank shall be obliged to refund the amount to the cardholder without delay and in full. If the amount was debited to the card account, the bank will ensure that the balance of the account is as it would have been without the unauthorised card transaction.

14.2 Refund in the event of a non-executed or incorrect executed authorized card transaction

- (1) In the event of a non-execution or incorrect execution of an authorised card transaction in the form of:
 - a cash withdrawal; or
 - the use of the card at a merchant
 The cardholder can require the bank to refund the transaction amount without delay and in full insofar as the card transaction was not executed or was executed incorrectly. If the amount was debited to the card account, the bank will ensure that the balance of the account is as it would have been without the non-executed or incorrect card transaction.
- (2) In addition to paragraph (1) the cardholder can demand a refund of charges and interests by the bank to the extent that these were charged to the cardholder or debited to the cardholder's account in connection with the non-executed or incorrect executed authorized card transaction.
- (3) If the incorrect execution consists of an authorised card transaction being received by the payment recipient's payment service provider after expiry of the execution period under clause 7 (delay), the claims of the cardholder as set out in paragraph 1 and 2 are excluded. If the cardholder suffered a loss in consequence of the delay, the bank shall be liable according to sub-paragraph 14.3
- (4) If an authorised card transaction was not executed or was executed incorrectly, the bank will track the card transaction at the cardholders request and inform the cardholder of their findings.

14.3 Claims for damages by the cardholder based on an unauthorised or non-executed or incorrect executed authorised card transaction

In the event of an unauthorised card transaction or an authorised card transaction that is not executed or executed incor-

rectly the cardholder can claim damages from the bank for losses not already covered by clauses 14.1 and 14.2. This does not apply if the bank is not responsible for the violation of duty. The bank is responsible for the fault of an intermediary as if it was the bank's own fault, unless the major reason for the fault lies with an intermediary selected by the cardholder. If the cardholder is not a consumer or the card is used outside Germany and in a country outside the European Economic Area (EEA) (third country) or in a currency of a country outside the EEA (third-country currency payment), the liability of the bank for the fault of an agency involved in the settlement of the payment transaction shall be limited to the careful selection and instruction of such agency. If the cardholder has contributed to the occurrence of any loss by any own fault, the principles of contributory negligence shall determine the extent to which the bank and the cardholder shall have to bear the loss. The liability under this paragraph shall be limited to 12.500 Euro per card transaction. This limitation of liability to this amount does not apply

- to unauthorised card transactions,
- in the event of intent or gross negligence on the part of the bank
- for risks specifically taken on by the bank; and
- to the interest losses suffered by the cardholder, insofar as the cardholder is a consumer.

14.4 Time limit for raising claims under clauses 14.1 through 14.3

Claims against the bank under clauses 14.1 through 14.3 are excluded if the cardholder has not informed the bank that the card transaction was not authorised, not executed or executed incorrectly immediately, however not later than within 13 months following the date on which the debit entry resulting from the transaction has been made. The 13-months period shall only commence if the bank has notified the cardholder of the debit entry resulting from the card transaction via the relevant communication channel agreed upon for transaction information at the latest within one month of the debit entry. Otherwise the period shall begin on the day of notification. The cardholder may also raise claims under clause 14.3 after the end of the period stated in paragraph 1 if the cardholder was unable to meet the deadline through no fault of the cardholder.

14.5 Claims for refund in the case of authorised card transaction without exact statement of the amount and time limit for raising a claim

- (1) The cardholder can request the bank to refund the transaction amount without delay and in full if the cardholder has authorised a card transaction at a merchant such, that
 - the exact amount was not stated when the transaction was authorised; and
 - the payment transaction exceeds the amount, the cardholder could have expected given his previous spending habits, the contents of the card contract and the circumstances of the situation in question. Reasons relating to any currency exchange are not taken into account if the agreed exchange rate was used.
- (2) The cardholder shall be obliged to give the bank an explanation of the circumstances of the case upon which the cardholder is basing his claim for a refund.
- (3) Claims for a refund expire if they are not raised with the bank within eight weeks following the date on which the transaction is debited to the card account.

14.6 Exclusion of liability and objections

Any claims of the cardholder against the bank according to paragraph 14.1 through 14.5 are excluded if the reasons giving rise to the claim:

- are based on an unusual or unforeseeable event beyond the bank's influence and the consequences of which could not have been avoided by the bank despite exercising the due care; or
- were caused by the bank due to a legal obligation.

15 Cardholder's liability for unauthorised card transactions

15.1 Cardholders liability prior to card-blocking notification

- (1) If the cardholder loses his plastic card, card data or PIN, in the event of a theft or other loss of the plastic card, card data or PIN and if this leads to an unauthorised card transaction in the form of
 - a cash withdrawal; or
 - use of the card at a merchant,
 the cardholder shall be liable for losses caused up to the time of the card-blocking notification according to paragraph 3 only in case of intentional or gross negligent breach of his obligations.
- (2) The same shall apply in the event that unauthorised card transactions are made prior to the card-blocking notification without the card and/or card data or PIN being lost, stolen or otherwise missing.
- (3) If an unauthorised transaction is initiated before the card-blocking notification and of the cardholder has intentionally or gross negligently breached his duty of care under the conditions contained herein or has acted with fraudulent intent, the cardholder shall bear the full damage resulting thereof. Gross negligence on the side of the cardholder shall be in particular deemed to be given if:
 - the cardholder has culpably failed to immediately notify the bank of the loss, theft or misuse;
 - the PIN has been marked on or kept together with the plastic (e.g. in the original letter, which notified the cardholder of the respective PIN); or
 - the PIN has been disclosed towards third persons and this fact has caused the misuse.
- (4) The liability for damages which are caused within the period applicable to the limit is limited to the respective credit balance.

15.2 Cardholder's liability upon card-blocking notification

As soon as a loss of the card, misuse or other unauthorised use of the card and/or the PIN have been reported to the bank, the bank shall assume any losses incurred afterwards as a result of transactions in the form of

- cash withdrawals
- use of the card at merchants

In case of fraudulent intent of the cardholder, the cardholder shall bear any damages arising after the blocking-notification.

16. Ownership and validity of the card

- (1) The plastic card shall remain property of the bank. The card is not transferable.
- (2) The card shall be valid for one year upon activation. At the later of the issuance of a new card or the expiry of a plastic card the bank shall be entitled to require the return of the invalid card. In the event of a prior termination of the right to use the plastic card (e.g. due to termination of the card contract) the cardholder shall immediately return any plastic card issued to the cardholder to the bank.

17. Cardholder's right to terminate

The cardholder may terminate the card contract at any time without notice.

18. Bank's right to terminate

The bank is entitled to terminate the card contract by giving reasonable notice of at least two months. The bank will terminate the card contract with a longer notice period if this is

deemed to be reasonable considering the cardholder's justified interests. The bank shall be entitled to terminate the card contract without notice if the continuance of the contract is unreasonable for the bank even after considering the justified interests of the cardholder.

19. Consequences of termination

The card may no longer be used upon entering into force of the termination. Any plastic card issued to the cardholder shall be returned to the bank immediately without request. Any unused card credits shall be refunded by the bank according to paragraph 9.

20. Retainment and blocking of cards

The bank is entitled to block the card and to initiate the confiscation of the card (e.g. by a cash machine)

- if it is entitled to terminate the contract for reasonable cause;
- if this is justified by factual reasons relating to the security of the card; or
- if unauthorised or fraudulent use of the card is suspected.

The bank will notify the cardholder of the blocking if possible prior to but at the latest immediately after the blocking, stating the reasons for the blocking. At the request of the cardholder the bank will replace the card by a new card as soon as the reasons for blocking the card have ceased to exist. In this case too, the bank will notify the cardholder without delay.

21. Changes of terms and conditions

Any change of this terms and conditions will be offered to the cardholder no later than two months before their effective date. If the cardholder has agreed with the bank an electronic communication (e.g. online account access) the changes can also be notified using this channel. The changes shall be deemed to be approved by the cardholder unless the cardholder has indicated disapproval before the proposed effective date of such changes. The bank shall expressly draw the cardholder's attention to this consequence in the offer.

If the cardholder is offered any changes of these general terms and conditions, the cardholder is entitled to terminate this business relationship free of charge with immediate effect before the proposed effective date of the changes. The bank shall expressly draw the cardholder's attention to this right of termination in the offer.

22. Applicable Law

The business relationship between the cardholder and the Bank shall be governed by German law.

23. Deposit protection fund

(1) Scope of protection

The bank is affiliated with the deposit protection fund of the Bundesverband deutscher Banken e.V. The deposit protection fund protects all liabilities which are to be reported under the balance sheet item „liabilities to customers“. This includes sight, time and saving deposits including saving bonds issued to the name of the holder. The protection per each creditor is limited until December 31, 2014 to 30%, until December 31, 2019 to 20%, until December 31, 2024 to 15% and as of January 1, 2025 to 8.75% of the liable equity of the bank relevant for deposit protection. Deposits established or extended after December 31, 2011 are irrespective of the date of the deposit's establishment subject to the new protection limits as of the above effective dates. Deposits established prior to December 31, 2011 are subject to the old protection limits until maturity of the deposit or until the next possible termination date. This protection limit will be notified to the cardholder at the request of the cardholder. It is also available on the internet

at www.bankenverband.de Where the bank is a branch of a bank from another European Economic Area (EEA) country, the deposit protection fund shall only provide compensation if the respective credit balances exceed the protection limit of the domestic deposit protection. The level of coverage provided by the domestic deposit protection can be viewed in the internet at the website of the relevant scheme, the address of which shall be made available to the Cardholder on request.

(2) Exceptions to the deposit protection

Not included in the protection are receivables for which the bank has issued bearer instruments such as bearer debentures and bearer certificates of deposit as well as liabilities to banks.

(3) Additional validity of the by-laws of the deposit protection fund

Further details of the scope of protection are contained in Section 6 of the by-laws of the deposit protection fund and are provided on request.

(4) Assignment of claims

To the extent that the deposit protection fund or its mandatory make payments to a cardholder, the respective amount of the cardholder's claims against the bank together with all subsidiary rights shall be transferred simultaneously to the deposit protection fund.

(5) Provision of Information

The bank is entitled to provide the deposit protection fund or its mandatory with all information and documents necessary in this connection.

24. Extrajudicial resolution / Complaint options

The bank participates in the dispute resolution mechanism of the consumer arbitration board "ombudsman of private banks" (www.bankenombudsman.de) where the consumer can request the resolution of a dispute with the bank from the ombudsman of private banks. If the subject matter of the complaint involves a dispute in connection with a payment services contract (Section 675f German Civil Code) cardholders other than consumers may also request the Ombudsman of private banks for resolution of the dispute.

Further details are contained in the „Rules of Procedure for the Settlement of Customer Complaints in the German Private Commercial Banking Sector“ (Verfahrensordnung für die Schlichtung von Kundenbeschwerden im deutschen Bankgewerbe), which will be made available on request or can be found in the internet under www.bankenverband.de. The complaint must be submitted in writing (e.g. by letter, fax or E-Mail) to the Kundenbeschwerdestelle (Customer Complaints Office) at Bundesverband deutscher Banken e.V. P.O. Box 04 03 07, 10062 Berlin, Fax: (030) 1663-3169, E-Mail: ombudsman@bdb.de

The cardholder may furthermore write to or contact the German Federal Financial Supervisory Authority (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn, and Marie-Curie-Str. 24-28 Frankfurt am Main, Germany, at any time to have complaints recorded in writing regarding violations by the bank of the German Payment Services Oversight Act (Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz, ZAG), Sect. 675c to 676c of the German Civil Code (BGB) or Article 248 of the Introductory Act to the German Civil Code (Einführungsgesetz zum BGB, EGBGB).

Precontractual information regarding distance contracts for financial services:

Here: Information regarding mycard2go-cards in the product levels LIMITED and ULTIMATE (Version of November '16)

Dear customer,

With regards to distance contracts, according to Article 246b EGBGB Wirecard Bank AG is obliged to inform the consumer in due time before the conclusion of the contract.

The cardholder receives the mycard2go card in form of a plastic card ("plastic card") or in form of a data set as a virtual card ("virtual card"). The plastic card and the virtual card (together the "mycard2go cards") can be acquired directly at the Bank under www.mycard2go.com in the product levels "LIMITED" and "ULTIMATE". Therefore we provide the following information with respect to the **mycard2gocards in the product levels LIMITED and ULTIMATE**

This information shall apply until further notice and are available in German and English language.

Yours Wirecard Bank AG

Overview:

Part A:

General information

A.1 General information regarding the Bank

A.2 General information regarding the contract

Part B:

Information regarding the card contract for a **mycard2go card in the product levels LIMITED und ULTIMATE**

Part C:

Cancellation policy

A. General Information

A.1 General information regarding the Bank

Name and address of the Bank

Wirecard Bank AG | Einsteinring 35 | 85609 Aschheim

E-Mail: service@mycard2go.com

Phone: +49 (0)30 300 110 400*

Authorised representatives of the Bank (Board)

Alexander von Knoop, Burkhard Ley, Rainer Wexeler

Main branch's registration in the commercial register

Register court Munich HRB 161178

Branch offices under the same name

Hopfenstr. 1d, 24114 Kiel

Main business of the Bank

The object of the company is the operation of Bank transaction of all kinds and related transactions.

Competent regulatory authorities

Authority responsible for the authorization:

European Central Bank, Sonnemannstr. 20, 60314 Frankfurt am Main | Internet: www.ecb.europa.eu

Authority responsible for consumer protection:

Federal Financial Supervisory Authority (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn und Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt am Main | Internet: www.bafin.de

Identification of the Bank at the BaFin: 117969

VAT-number

DE 207 567 674

A.2 General information regarding the contract

Contractual language

This contractual relationship and any communication with the customer during the term of the contract shall be conducted in German language or at the request of the client in English language.

Applicable law/Jurisdiction

According to Section 6 para. 1 of the General Terms and Conditions of the Bank, the conclusion of the contract and the business relationship with the client in general shall be subject to German law. In addition, any relationships created with the client before the conclusion of the contract shall be subject to German law. For consumers no choice of court clause is applicable.

Extrajudicial resolution and complaint options

The Bank participates in the dispute resolution mechanism of the consumer arbitration board "ombudsman of private Banks" (www.Bankenombudsman.de) where the consumer can request the resolution of a dispute with the Bank from the ombudsman of private Banks. If the subject matter of the complaint involves a dispute in connection with a payment services contract (Section 675f German Civil Code) cardholders other than consumers may also request the Ombudsman of private Banks for resolution of the dispute.

Further details are contained in the „Rules of Procedure for the Settlement of Customer Complaints in the German Private Commercial Banking Sector“ (Verfahrensordnung für die Schlichtung von Kundenbeschwerden im deutschen Bankgewerbe), which will be made available on request or can be found in the internet under www.Bankenverband.de. The complaint must be submitted in writing (e.g. by letter, fax or E-Mail) to the Kundenbeschwerdestelle (Customer Complaints Office) at Bundesverband deutscher Banken e.V. P.O. Box 04 03 07, 10062 Berlin, Fax: (030) 1663-3169, E-Mail: ombudsman@bdb.de

The cardholder may furthermore write to or contact the German Federal Financial Supervisory Authority (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn, and Marie-Curie-Str. 24-28 Frankfurt am Main, Germany, at any time to have complaints recorded in writing regarding violations by the Bank of the German Payment Services Oversight Act (Zahlungsdienstleistungsaufsichtsgesetz, ZAG), Sect. 675c to 676c of the German Civil Code (BGB) or Article 248 of the Introductory Act to the German Civil Code (Einführungsgesetz zum BGB, EGBGB).

Online-dispute resolution platform

The European Commission has established an online resolution platform which is available under: <http://ec.europa.eu/consumers/odr/>. Consumers may use this platform for the extrajudicial settlement of their disputes arising from online-contracts.

Information regarding the voluntary deposit protection

The Bank is affiliated with the deposit protection fund of the Bundesverband deutscher Banken e.V. The amount of the liabilities protected by the deposit protection funds is set forth in Section 20 of the General Terms and Conditions of the Bank.

Account information

Sort code: 512 308 00

BIC- (SWIFT-) Code: WIREDEMM

Conclusion of the contract

Client's binding offer for the conclusion of a contract

The unregistered client may register for the first time on www.mycard2go.com and apply for an Upgrade of his mycard2go plastic card to a higher product level (LIMITED or ULTIMATE) or for the initial issuance of a virtual card in the product levels LIMITED or

ULTIMATE in the registration area. Upon finishing the registration procedure provided under www.mycard2go.com by means of the final submission of the card application and its receipt by the Bank, the client makes a binding offer towards the Bank for the conclusion of the card contract for a mycard2go card in the respective product level.

Via the online access the registered client may apply for an Upgrade of his mycard2go plastic card to a higher product level (LIMITED or ULTIMATE) or an Upgrade of his virtual card in the product level LIMITED to the product level ULTIMATE or a change of his virtual card into a plastic card in the product levels LIMITED or ULTIMATE. Upon finishing the order procedure on www.mycard2go.com by clicking the button "binding order" and upon submission of the card application and its receipt by the Bank the client makes a binding offer towards the Bank for the conclusion of the card contract for a mycard2go LIMITED or ULTIMATE plastic card or for an upgrade to the virtual card mycard2go ULTIMATE.

Acceptance by the Bank:

If the client applies for the virtual card for the first time, the card contract for a mycard2go card in the selected product level becomes effective if and when the Bank – where appropriate after the necessary identity verification of the client – confirms to the client the acceptance of the contract by sending an E-Mail.

If the client applies for a change of his original virtual card and therefore applies for a plastic card for the first time, the card contract in the selected product level is concluded if and when the Bank notifies the client – where appropriate after the necessary identity verification of the client – of the acceptance of the contract by delivery of the mycard2go plastic card LIMITED or ULTIMATE. The acceptance of the contract is subject to the Bank's receipt of all necessary documents.

If the client applies for an Upgrade of his card, the card contract for a mycard2go virtual card or plastic card in the respective product level is concluded – where appropriate after the necessary identity verification of the client – upon the Bank's confirmation of the acceptance of the contract via E-Mail.

B. Information regarding the card contract for a mycard-2go card in the product levels LIMITED and ULTIMATE

Essential features

Scope of application

The Bank issues the mycard2go cards in form of plastic cards and in form of a data set as a virtual card.

The cardholder can use the card issued by the Bank domestically and as an additional service abroad within the Visa Group

- For the cashless payment of goods and services at companies accepting the card as a means of payment ("merchants") and
- furthermore as an additional service to withdraw cash from cash machines (only applies for plastic cards of the product level "ULTIMATE").
- The maximum amounts for withdrawals at cash machines are set forth in the in the list of prices and services „mycard2go-prices and services“

The cardholder of a virtual card may use the virtual card only for payments via internet, telephone, fax or E-Mail.

The cardholder may within the product level "ULTIMATE" transfer credit amounts via the online access to the Bank account (see paragraph 3) from the card to the card of another cardholder by entering the mobile phone number of the payee and the respective payment amount ("go2go Transaction").

The use of the mycard2go cards is subject to a financial limit (Section 8 of the General Terms and Conditions of the mycard2go

cards of the Wirecard Bank AG). The use of the mycard2go cards is subject to a prior top up with a credit.

The first use of the virtual card shall be subject to a top-up of the minimum credit and the activation fee according to the List of Prices and Services for the mycard2go cards "mycard2go prices and services". This shall not apply if the cardholder already has a plastic card.

The transactions' value as well as any charges incurred shall reduce the available card credit. Transactions exceeding the card credit are not permitted. If the total amount of any requested transaction including any applicable charges exceed the credit, the transaction is not possible.

In addition, the amount limits for top-ups and transactions set forth in the list of prices and services for mycard2go cards „mycard2go prices & services“ shall apply.

Prices

Unless otherwise agreed, the charges incurred are determined according to the list of prices and services for the mycard2go cards „mycard2go Prices & Services“, as amended, which is available under www.mycard2go.com and is sent to the client on the client's request. Changes of charges are made according to Section 13 of the terms and conditions for the mycard2go cards of Wirecard Bank AG.

Information regarding to charges payable by the client

The client shall bear his own costs (e.g. for longdistance calls, postage).

Reservation of performance

None.

Additional telecommunication costs

None.

Payment and Performance of the contract

Payment of charges by the card holder:

- Annual fee, annually on the date of the issuance of the mycard2go cards and the upgrade, respectively
- Other fees, immediately upon provision of the service
- Special services, immediately upon provision of the service
- One-off activation fee for the first use of a virtual card, payable upon conclusion of the contract

Obligations of the Bank

The Bank shall fulfill its payment obligations by payment within the Visa Group to a merchant or by cash disbursement to the client via cash machines (only applies for plastic cards within the product level "ULTIMATE") or by booking of the credit to the card account of the payment recipient and debit on the card account of the payer in connection with the "go2go Transaction" (only applies for the product level "ULTIMATE"). The Bank shall set off the resulting expenses together with the charges incurred immediately with the card credit.

Payment obligations of the cardholder

The cardholder is obliged to reimburse the Bank the expenses incurred in connection with the use of the mycard2go cards. Such expenses together with the applicable charges will be set off with the card credit immediately upon provision of services.

The cardholder shall raise any complaints with regards to the contractual relationship between the cardholder and the merchant directly against the respective merchant. This shall not affect any payment obligations of the cardholder.

Redemption of the card credit

The cardholder can require the Bank to redeem the card credit

in full or in parts to the Bank account determined by the cardholder (Section 9 of the terms and conditions for the mycard2go cards). Any redemption required prior to the termination of the card contract or more than one year after the termination of the card contract may be subject to fees according to the schedule "mycard2go Fees and Services".

Provision of documents regarding the online-card account

In all product levels the card holder receives an online access to his card account, available under www.mycard2go.com in order to retrieve information (turnovers, credits, balance etc.).

Contractual termination provisions

The termination provisions set forth in Sec. 13, 17, 18 and 21 of the terms and conditions for the mycard2go cards shall apply for the client and the Bank.

The cardholder may terminate the card contract at any time without notice.

The Bank is entitled to terminate the card contract by giving reasonable notice of at least two months. The Bank will terminate the card contract with a longer notice period if this is deemed to be reasonable considering the cardholder's justified interests. The Bank shall be entitled to terminate the card contract without notice if the continuance of the contract is unreasonable for the Bank even after considering the justified interests of the cardholder.

The card may no longer be used upon entering into force of the termination. Any mycard2go plastic card issued to the cardholder shall be returned to the Bank immediately without request. Any unused card credits shall be refunded by the Bank according to Section 9 of the terms and conditions for the mycard2go cards.

Minimum term

No minimum term applicable.

Other rights and obligations of client and Bank

The general rules for the business relationship between Bank and client are set forth in the General Terms and Conditions of the Bank. In addition, the terms and conditions for the mycard2go cards of Wirecard Bank shall apply which may contain variations or supplements to the general terms and conditions. The above conditions are available in German and English language under www.mycard2go.com and will be sent to the client on the client's request. The client may at any time request the delivery of the contractual conditions as well as of the present information in paper form or on another durable medium.

C. Revocation policy

The right of revocation applies for distant card contracts concluded by a consumer for a mycard2go card. This right of revocation is subject to the following revocation policy:

Revocation policy

You may revoke your contractual statement within 14 days without giving reasons by means of an unambiguous written declaration. The period commences with the receipt of the present information on a durable medium, however, not before conclusion of the contract and not before the fulfillment of our information requirements according to Article 246b § 2 para. 1 in connection with § 1 para. 1 No. 7 tp 12, 15 and 19 as well as Article 248 § 4 para. 1 EGBGB. In order to observe the revocation period it is sufficient to send the revocation in time if the declaration is made on a durable medium (e.g. letter, fax, E-Mail). The revocation shall be sent to: Wirecard Bank AG | Einsteinring 35 | 85609 Aschheim
E-Mail: service@mycard2go.com
Phone: +49 (0)30 300 110 400*

Consequences of revocation

In the event of an effective revocation the services received on both sides shall be refunded. You are obliged to compensate for the value of the services provided until the revocation if you have been informed about this legal consequence prior to your contract declaration and have expressly agreed that the provision of services on our part commences prior to the expiry of the revocation period. If you are obliged to pay value compensation, this can mean that you nevertheless have to fulfill the contractual payment obligations for the period until the revocation. Your revocation right shall expire prematurely if the contract, at your express request, has been executed in full by both parties prior to your exercising your revocation right. Obligations regarding the payment of refunds must be fulfilled within 30 days. This period commences for you with the dispatch of your revocation notice and for us with the receipt of your revocation notice.

Special notes

In case of revocation of this contract you are no longer bound to any contract associated with this contract if the associated contract applies for services provided by us or a third party on the basis of an agreement entered into between us and the respective third party.

End of the information about rights of revocation

Specific information on the immediate contractual performance

Subject to the express consent of the client the Bank will begin with the execution of this contract and of other contracts concluded on the basis of this contract prior to the expiry of the revocation period. The Bank obtains the express consent in the course of the applications for the conclusion of the above contract.

Die nachfolgenden Bedingungen gelten für die mywirecard 2go Visa Prepaid-Karten der Wirecard Bank AG (nachfolgend „Bank“). Die Bank ist die Vertragspartnerin des Karteninhabers.

Die Bank ist ein in Deutschland im Handelsregister des Amtsgerichts München unter der Nummer HRB 161178 eingetragenes Unternehmen mit Sitz in Einsteinring 35, 85609 Aschheim / Deutschland (Telefon: +49 (0)30 300 110 400, E-Mail: service@wirecard.com). Gesetzliche Vertretungsberechtigte der Bank sind: Alexander von Knoop, Burkhard Ley, Rainer Wexler. Hauptgeschäftstätigkeit der Bank ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art und von damit zusammenhängenden Geschäften. Zuständige Aufsichtsbehörde der Bank ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn und Lurgiallee 12, 60439 Frankfurt am Main, www.bafin.de). Die Bank ist in der bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht geführten Unternehmensdatenbank unter Nr. 117969 eingetragen.

Auf Anfrage erhält der Karteninhaber jederzeit diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen in Textform von der Bank.

1. Produktstufen

Die von der Bank ausgegebenen mywirecard 2go Visa-Karten (nachfolgend „Karte“) sind in den folgenden Produktstufen verfügbar:

- (1) Produktstufe „basic“
Im Rahmen der Produktstufe „basic“ kann der Karteninhaber die Karte nur ein einziges Mal und ausschließlich beim Erwerb der Karte bei einer Vertriebsstelle der Bank aufladen. Die Aufladung der Karte ist auf einen Höchstladebetrag von 100 Euro begrenzt. Die Aufladung der Karte kann ausschließlich an der Vertriebsstelle der Bank erfolgen. Im Rahmen der Produktstufe „basic“ muss sich der Karteninhaber bei dem Erwerb der Karte bei der Vertriebsstelle der Bank nicht identifizieren. Der Karteninhaber muss jedoch vor der ersten Nutzung die Karte aktivieren, indem er den Freischaltcode eingibt, den er per SMS erhält.
- (2) Produktstufe „registriert“
Im Rahmen der Produktstufe „registriert“ kann der Karteninhaber die Karte pro Kalendermonat maximal mit einem Betrag von 100 Euro aufladen. Das Guthaben auf der Karte kann maximal 100 Euro betragen. Die Aufladung der Karte kann ausschließlich durch Überweisung an die Bank von einem auf den Namen des Karteninhabers lautenden Bankkonto auf das hierzu von der Bank angegebene Zahlungskonto oder durch Aufladung an einer Vertriebsstelle der Bank erfolgen. Im Rahmen der Produktstufe „registriert“ muss sich der Karteninhaber auf der mywirecard Internetseite registrieren. Bei der Registrierung muss der Karteninhaber seinen vollständigen Namen, sein Geschlecht, seine Adresse, sein Geburtsdatum, seine Staatsangehörigkeit, seine Mobilfunknummer und seine E-Mail Adresse (nachfolgend „Karteninhaberdaten“) angeben. Die Bank wird die Richtigkeit der Karteninhaberdaten prüfen. Die Bank ist berechtigt, die Freischaltung des Karteninhabers für die Produktstufe „registriert“ abzulehnen, wenn sie nach der Prüfung der Karteninhaberdaten Zweifel an deren Richtigkeit hat. Zur Aktivierung muss der Karteninhaber einen Freischaltcode eingeben, den er per SMS erhält.
- (3) Produktstufe „identifiziert“
Im Rahmen der Produktstufe „identifiziert“ kann der Karteninhaber die Karte in unbegrenzter Höhe aufladen. Die Aufladung kann ausschließlich durch Überweisung an die Bank von einem beliebigen Bankkonto auf das hierzu von der Bank angegebene Zahlungskonto oder durch Aufladung an einer Vertriebsstelle der Bank erfolgen. Im Rahmen der Registrierung hat der Karteninhaber seine Karteninhaberdaten angegeben. Darüber hinaus muss sich der Karteninhaber bei einer Verkaufsstelle der Deutsche Post AG im Wege des PostIdent-Verfahrens identifizieren. Die Bank wird dem Karteninhaber auf dessen Wunsch zu diesem Zweck einen PostIdent-Coupon zukommen lassen. Die Bank ist berechtigt, die Freischaltung des Karteninhabers für die Produktstufe „identifiziert“ abzulehnen, wenn sie nach der Verifizierung der Karteninhaberdaten Zweifel an deren Richtigkeit hat.
- (4) Der Karteninhaber kann während der Laufzeit des Kartenvertrags über die mywirecard Internetseite jederzeit einen Wechsel von der Produktstufe „basic“ zu den Produktstufen „registriert“ oder „identifiziert“ und von der Produktstufe „registriert“ zu der Produktstufe „identifiziert“ beantragen. Die Freischaltung des Karteninhabers für die Produktstufen „registriert“ bzw. „identifiziert“ erfolgt nach einer für die Bank zufriedenstellenden Durchführung der in Ziffer 1 (2) bzw. (3) beschriebenen Identifizierungsmaßnahmen.
- (5) Aufgrund der für die Bank geltenden geldwäscherechtlichen Vor-

gaben ist die Bank verpflichtet, ggf. im Laufe der Vertragsbeziehung von dem Karteninhaber Informationen und Unterlagen zu seiner Person und ggf. weiteren Umständen der Vertragsbeziehung einzuholen. Der Karteninhaber ist verpflichtet, der Bank auf Anforderung die zur Erfüllung ihrer geldwäscherechtlichen Pflichten erforderlichen Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen und sich im Laufe der Vertragsbeziehung ergebende Änderungen unverzüglich anzuzeigen.

2. Verwendungsmöglichkeiten

- (1) Die von der Bank ausgegebene Karte kann der Karteninhaber im Inland und als weitere Dienstleistung auch im Ausland im Rahmen des VISA-Verbundes bei Unternehmen, die die Karte als Zahlungsmittel akzeptieren (nachfolgend „Vertragsunternehmen“) zu Zahlungszwecken einsetzen. Die Vertragsunternehmen sind an den Akzeptanzsymbolen zu erkennen, die auf der Karte zu sehen sind. Die Karte kann nicht zum Abheben von Bargeld an Geldautomaten verwendet werden.
- (2) Der Karteninhaber kann für die vorstehend genannte Verwendungsmöglichkeit nur das auf der Karte aufgeladene Guthaben verwenden. Der Gegenwert jeder Transaktion sowie eventuell anfallende Transaktionsentgelte reduzieren das verfügbare Kartenguthaben. Übersteigt der Gesamtbetrag einer gewünschten Transaktion einschließlich Transaktionsentgelt das Guthaben, ist die Transaktion nicht möglich.
- (3) Für die Nutzung der Karte gelten zudem die Betragsgrenzen, die in dem Anhang „mywirecard Gebühren“ geregelt sind sowie die Betragsgrenzen, die zwischen dem Karteninhaber und der Bank gesondert vereinbart sind.
- (4) Der Karteninhaber erhält in den Produktstufen „registriert“ und „identifiziert“ einen über die mywirecard Internetseite erreichbaren Online-Zugang zu seinem Kartenkonto (nachfolgend „Online-Kontozugang“). Über seinen Online-Kontozugang kann der Karteninhaber seine Monatsabrechnungen sowie Informationen (Umsätze, Gutschriften, Kontosaldo) abrufen. Der Karteninhaber hat die Monatsabrechnungen und die Informationen auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit unverzüglich zu überprüfen und etwaige Einwendungen unverzüglich zu erheben. Zur Nutzung des Online-Kontozugangs legt der Karteninhaber ein Passwort fest. Dieses Passwort dient zur Legitimation des Karteninhabers und darf nicht an unberechtigte Dritte weitergegeben werden.

3. Autorisierung von Kartenzahlungen durch den Karteninhaber

- (1) Bei Nutzung der Karte ist ein Beleg zu unterschreiben, auf den das Vertragsunternehmen die Kartendaten übertragen hat. Nach vorheriger Abstimmung zwischen Karteninhaber und Vertragsunternehmen kann der Karteninhaber – insbesondere zur Beschleunigung eines Geschäftsvorfalles – ausnahmsweise darauf verzichten, den Beleg zu unterzeichnen, und stattdessen lediglich seine Kartenummer sowie ggf. das Verfalldatum und die Kartenprüfziffer angeben.
- (2) Mit dem Einsatz der Karte erteilt der Karteninhaber die Zustimmung (Autorisierung) zur Ausführung der Kartenzahlung. Soweit dafür zusätzlich eine Unterschrift erforderlich ist, wird die Zustimmung erst mit deren Einsatz erteilt. Nach der Erteilung der Zustimmung kann der Karteninhaber die Kartenzahlung nicht mehr widerrufen.

4. Ablehnung von Kartenzahlungen durch die Bank

Die Bank ist berechtigt, die Kartenzahlung abzulehnen, wenn

- das Kartenkonto, das der Karte zugeordnet ist, nicht das erforderliche Guthaben aufweist, oder
- die Karte gesperrt ist.

Hierüber wird der Karteninhaber über das Terminal bzw. über das Vertragsunternehmen, an dem bzw. bei dem die Karte eingesetzt wird, unterrichtet.

5. Zugang des Zahlungsauftrags bei der Bank, Ausführungsfrist

- (1) Der Zahlungsvorgang wird vom Vertragsunternehmen ausgelöst. Der Zahlungsauftrag geht der Bank in dem Zeitpunkt zu, in dem sie den Zahlungsauftrag von dem Vertragsunternehmen erhält.
- (2) Fällt der Zeitpunkt des Zugangs eines Zahlungsauftrags nicht auf einen Geschäftstag der Bank, so gilt der Zahlungsauftrag erst am darauf folgenden Geschäftstag als zugegangen.
- (3) Geht der Zahlungsauftrag nach 16 Uhr bei der Bank ein, so gilt der Zahlungsauftrag im Hinblick auf die Bestimmung der Ausführungsfrist (siehe Ziffer 5 Abs. (4)) erst als am darauf folgenden Geschäftstag zugegangen.
- (4) Nach Zugang des Zahlungsauftrags bei der Bank ist diese verpflichtet sicherzustellen, dass der Zahlungsbetrag bei Zahlungsvorgängen in Euro innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) innerhalb von einem (1) Geschäftstag beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers eingeht. Zahlungsvorgänge innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) in anderen EWR-Währungen als Euro werden innerhalb von einem (1) Geschäftstag nach Zugang des Zahlungsauftrags bei der Bank bewirkt. Zahlungsvorgänge außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und Zahlungsvorgänge in anderen Währungen als Euro oder EWR-Währungen werden baldmöglichst nach Zugang des Zahlungsauftrags bei der Bank bewirkt.
- (5) Geschäftstag ist jeder Tag, an dem die an der Ausführung eines Zahlungsvorgangs beteiligten Zahlungsdienstleister den für die Ausführung von Zahlungsvorgängen erforderlichen Geschäftsbetrieb unterhalten. Die Bank unterhält den für die Ausführung von Zahlungsvorgängen erforderlichen Geschäftsbetrieb an allen Bankarbeitstagen. Bankarbeitstag ist jeder Tag (mit Ausnahme von Samstag und Sonntag), an dem die Kreditinstitute in Deutschland (Referenzort ist Frankfurt am Main) für den Publikumsverkehr geöffnet sind.

6. Aufladen der Karte, Höchstladebetrag, Rücktausch, keine Verzinsung von Guthaben

- (1) Der Karteninhaber kann sein Kartenkonto – abhängig von der jeweiligen Produktstufe – mittels der in Ziffer 1 Abs. (1) bis Abs. (3) genannten Bezahlverfahren bis zu den in Ziffer 1 Abs. (1) bis Abs. (3) genannten Höchstladebeträgen aufladen.
- (2) Verfügungen über das Guthaben auf dem Kartenkonto in anderer Weise als durch den Einsatz der Karte nach näherer Maßgabe von Ziffer 2 sind nicht zulässig. Ziffer 6 Absatz 3 bleibt unberührt.
- (3) Der Karteninhaber kann von der Bank jederzeit während der Dauer des Kartenvertrages die vollständige oder teilweise Auszahlung des Guthabens auf dem Kartenkonto auf das von dem Karteninhaber benannte Bankkonto verlangen (Rücktausch). Eine Auszahlung des Guthabens kann nur soweit verlangt werden, wie es nicht für bereits autorisierte Kartenverfügungen gesperrt ist. Das Rücktauschverlangen ist von dem Karteninhaber schriftlich und eigenhändig unterzeichnet an die oben angegebene Anschrift der Bank zu senden. Sofern der Rücktauschbetrag 1.000 Euro oder mehr beträgt, muss sich der Karteninhaber – bevor der Rücktausch erfolgen kann – bei einer Verkaufsstelle der Deutsche Post AG im Wege des PostIdent-Verfahrens identifiziert haben; dies gilt nicht in der Produktstufe „identifiziert“. Die Bank wird dem Karteninhaber auf dessen Wunsch zu diesem Zweck einen PostIdent-Coupon zukommen lassen. Für einen Rücktausch, der von dem Karteninhaber vor Beendigung des Kartenvertrages oder nach mehr als einem (1) Jahr nach Beendigung des Kartenvertrages verlangt wird, können Entgelte nach Maßgabe des Anhangs „mywirecard Gebühren“ anfallen.
- (4) Das Guthaben auf dem Kartenkonto wird nicht verzinst.

7. Sorgfalts- und Mitwirkungspflichten des Karteninhabers

- 7.1 Unterschrift
Der Karteninhaber hat seine Karte nach Erhalt unverzüglich auf dem Unterschriftsfeld zu unterschreiben.
- 7.2 Sorgfältige Aufbewahrung der Karte
Die Karte ist mit besonderer Sorgfalt aufzubewahren, um zu verhindern, dass sie abhandenkommt oder missbräuchlich verwendet wird. Sie darf insbesondere nicht unbeaufsichtigt im Kraftfahrzeug aufbewahrt werden. Denn jede Person, die im Besitz der Karte ist, hat die Möglichkeit, mit ihr missbräuchliche Verfügungen zu tätigen.
- 7.3 Unterrichtungs- und Anzeigepflichten des Karteninhabers
(1) Stellt der Karteninhaber den Verlust oder Diebstahl seiner Karte oder missbräuchliche Verfügungen mit dieser fest, so ist die Bank unverzüglich zu unterrichten, um die Karte sperren zu lassen. Die Kontaktdaten, unter denen eine Sperranzeige abgegeben werden kann, werden dem Karteninhaber gesondert mitgeteilt. Der Karteninhaber hat einen Diebstahl oder Missbrauch auch unverzüglich bei der Polizei anzuzeigen.
(2) Hat der Karteninhaber den Verdacht, dass eine andere Person unberechtigt in den Besitz seiner Karte gelangt ist, eine missbräuchliche Verwendung oder eine sonstige nicht autorisierte Nutzung der Karte vorliegt, muss er ebenfalls unverzüglich eine Sperranzeige abgeben.
- (3) Der Karteninhaber hat die Bank unverzüglich nach Feststellung einer nicht autorisierten oder einer fehlerhaft ausgeführten Kartenverfügung zu unterrichten.
8. Zahlungsverpflichtung des Karteninhabers
(1) Die Bank ist gegenüber den Vertragsunternehmen verpflichtet, die vom Karteninhaber mit der Karte getätigten Umsätze zu begleichen. Der Karteninhaber ist seinerseits verpflichtet, der Bank diese Aufwendungen zu erstatten.
(2) Die Bank ist berechtigt, fällige Zahlungen aus dem Kartenvertrag, insbesondere die geschuldeten Aufwendungsersatzansprüche nach Ziffer 8 Abs. (1) und von dem Karteninhaber zu entrichtende Entgelte und Auslagen, mit Guthaben auf dem Kartenkonto zu verrechnen. Soweit das auf dem Kartenkonto befindliche Guthaben hierfür nicht ausreicht, hat der Karteninhaber der Bank den Differenzbetrag zu zahlen.
(3) Die Bank unterrichtet den Karteninhaber mindestens einmal monatlich über den Online-Kontozugang des Karteninhabers über alle im Zusammenhang mit der Begleichung der Kartenumsätze entstehenden Aufwendungen.
(4) Einwendungen und sonstige Beanstandungen des Karteninhabers aus seinem Vertragsverhältnis zu dem Vertragsunternehmen, bei dem die Karte eingesetzt wurde, hat der Karteninhaber unmittelbar gegenüber dem Vertragsunternehmen geltend zu machen und berühren die Zahlungsverpflichtungen des Karteninhabers gegenüber der Bank nicht.

9. Fremdwährungsumrechnung

Nutzt der Karteninhaber die Karte für Verfügungen, die nicht auf Euro lauten, wird das Kartenkonto gleichwohl in Euro belastet. Die Bestimmung des Kurses bei Fremdwährungsgeschäften ergibt sich aus dem Anhang „mywirecard Gebühren“. Eine Änderung des in der Umrechnungsregelung ggf. genannten Referenzwechsellkurses wird unmittelbar und ohne vorherige Benachrichtigung des Karteninhabers wirksam.

10. Entgelte und Auslagen

- (1) Die vom Karteninhaber gegenüber der Bank geschuldeten Entgelte und Auslagen ergeben sich aus dem Anhang „mywirecard Gebühren“.
- (2) Änderungen der Entgelte werden dem Karteninhaber spätestens zwei Monate vor dem Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform (z. B. per E-Mail oder über den Online-Kontozugang) angeboten. Die Zustimmung des Karteninhabers gilt als erteilt, wenn er seine Ablehnung nicht vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen angezeigt hat. Auf diese Genehmigungswirkung wird ihn die Bank in ihrem Angebot besonders hinweisen.

- (3) Werden dem Karteninhaber Änderungen der Entgelte angeboten, kann er diese Geschäftsbeziehung vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen auch fristlos und kostenfrei kündigen. Auf dieses Kündigungsrecht wird die Bank den Karteninhaber in ihrem Angebot besonders hinweisen.
- 11. Erstattungs- und Schadensersatzansprüche des Karteninhabers**
- 11.1 Erstattung bei nicht autorisierter Kartenverfügung**
Im Falle einer nicht autorisierten Kartenverfügung in Form der Verwendung der Karte bei einem Vertragsunternehmen hat die Bank gegen den Karteninhaber keinen Anspruch auf Erstattung ihrer Aufwendungen. Die Bank ist verpflichtet, dem Karteninhaber den Betrag unverzüglich und ungekürzt zu erstatten. Wurde der Betrag dem Kartenkonto bereits belastet, bringt die Bank dieses wieder auf den Stand, auf dem es sich ohne die nicht autorisierte Kartenverfügung befunden hätte.
- 11.2 Erstattung bei nicht erfolgter oder fehlerhafter Ausführung einer autorisierten Kartenverfügung**
- (1) Im Falle einer nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung einer autorisierten Kartenverfügung in Form der Verwendung der Karte bei einem Vertragsunternehmen kann der Karteninhaber von der Bank die unverzügliche und ungekürzte Erstattung des Verfügungsbetrages insoweit verlangen, als die Kartenverfügung nicht erfolgte oder fehlerhaft war. Wurde der Betrag dem Kartenkonto bereits belastet, bringt die Bank dieses wieder auf den Stand, auf dem es sich ohne die nicht erfolgte oder fehlerhafte Kartenverfügung befunden hätte.
- (2) Der Karteninhaber kann über den Absatz 1 hinaus von der Bank die Erstattung der Entgelte und Zinsen insoweit verlangen, als ihm diese im Zusammenhang mit der nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung der autorisierten Kartenverfügung in Rechnung gestellt oder seinem Kartenkonto belastet wurden.
- (3) Besteht die fehlerhafte Ausführung darin, dass eine autorisierte Kartenverfügung beim Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers erst nach Ablauf der Ausführungsfrist im Sinne von Ziffer 5 Abs. (4) eingeht (Verspätung), sind die Ansprüche des Karteninhabers nach den Absätzen 1 und 2 ausgeschlossen. Ist dem Karteninhaber durch die Verspätung ein Schaden entstanden, haftet die Bank nach Ziffer 11.3.
- (4) Wurde eine autorisierte Kartenverfügung nicht oder fehlerhaft ausgeführt, wird die Bank die Kartenverfügung auf Verlangen des Karteninhabers nachvollziehen und ihn über das Ergebnis unterrichten.
- 11.3 Schadensersatzansprüche des Karteninhabers aufgrund einer nicht autorisierten oder einer nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung einer autorisierten Kartenverfügung**
Im Falle einer nicht autorisierten Kartenverfügung oder im Falle einer nicht erfolgten oder fehlerhaften Ausführung einer autorisierten Kartenverfügung kann der Karteninhaber von der Bank einen Schaden, der nicht bereits von den Ziffern 11.1 und 11.2 erfasst ist, ersetzt verlangen. Dies gilt nicht, wenn die Bank die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. Die Bank hat hierbei ein Verschulden, das einer zwischengeschalteten Stelle zur Last fällt, wie eigenes Verschulden zu vertreten, es sei denn, dass die wesentliche Ursache bei einer zwischengeschalteten Stelle liegt, die der Karteninhaber vorgegeben hat. Handelt es sich bei dem Karteninhaber nicht um einen Verbraucher oder erfolgt der Einsatz der Karte in einem Land außerhalb Deutschlands und des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) (Drittstaat) oder in der Währung eines Staates außerhalb des EWR (Drittstaatenwährungszahlung), beschränkt sich die Haftung der Bank für das Verschulden einer an der Abwicklung des Zahlungsvorgangs beteiligten Stelle auf die sorgfältige Auswahl und Unterweisung einer solchen Stelle. Hat der Karteninhaber durch ein schuldhaftes Verhalten zur Entstehung des Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang die Bank und der Karteninhaber den Schaden zu tragen haben. Die Haftung nach diesem Absatz ist auf 12.500,- Euro je Kartenverfügung begrenzt. Diese betragsmäßige Haftungsbeschränkung gilt nicht
- für vom Karteninhaber nicht autorisierte Kartenverfügungen,
 - bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit der Bank,
 - für Gefahren, die die Bank besonders übernommen hat, und
 - für den dem Karteninhaber entstandenen Zinsschaden, wenn der Karteninhaber Verbraucher ist.
- 11.4 Frist für die Geltendmachung von Ansprüchen nach den Ziffern 11.1 bis 11.3**
Ansprüche gegen die Bank nach den Ziffern 11.1 bis 11.3 sind ausgeschlossen, wenn der Karteninhaber die Bank nicht unverzüglich, spätestens jedoch 13 Monate nach dem Tag der Belastung mit der Kartenverfügung darüber unterrichtet hat, dass es sich um eine nicht autorisierte, nicht erfolgte oder fehlerhafte Kartenverfügung handelt. Der Lauf der 13-monatigen Frist beginnt nur, wenn die Bank den Karteninhaber über die aus der Kartenverfügung resultierende Belastungsbuchung entsprechend dem für Umsatzinformationen vereinbarten Weg spätestens innerhalb eines Monats nach der Belastungsbuchung unterrichtet hat. Andernfalls ist für den Fristbeginn der Tag der Unterrichtung maßgeblich. Haftungsansprüche nach Ziffer 11.3 kann der Karteninhaber auch nach Ablauf der Frist in Satz 1 geltend machen, wenn er ohne Verschulden an der Einhaltung dieser Frist verhindert war.
- 11.5 Erstattungsanspruch bei einer autorisierten Kartenverfügung ohne genaue Betragsangabe und Frist für die Geltendmachung des Anspruchs**
- (1) Der Karteninhaber kann von der Bank die unverzügliche und ungekürzte Erstattung des Verfügungsbetrages verlangen, wenn er eine Kartenverfügung bei einem Vertragsunternehmen in der Weise autorisiert hat, dass
- bei der Autorisierung der genaue Betrag nicht angegeben wurde und
 - der Zahlungsvorgang den Betrag übersteigt, den der Karteninhaber entsprechend seinem bisherigen Ausgabeverhalten, dem Inhalt des Kartenvertrages und den jeweiligen Umständen des Einzelfalles hätte erwarten können. Mit einem etwaigen Währungsumtausch zusammenhängende Gründe bleiben außer Betracht, wenn der vereinbarte Wechselkurs zugrunde gelegt wurde.
- (2) Der Karteninhaber ist verpflichtet, gegenüber der Bank die Sachumstände darzulegen, aus denen er seinen Erstattungsanspruch herleitet.
- (3) Der Anspruch auf Erstattung ist ausgeschlossen, wenn er nicht innerhalb von acht Wochen nach dem Zeitpunkt der Belastung des Umsatzes auf dem Kartenkonto gegenüber der Bank geltend gemacht wird.
- 11.6 Haftungs- und Einwendungsausschluss**
Ansprüche des Karteninhabers gegen die Bank nach den Ziffern 11.1 bis 11.5 sind ausgeschlossen, wenn die einen Anspruch begründenden Umstände
- auf einem ungewöhnlichen und unvorhersehbaren Ereignis beruhen, auf das die Bank keinen Einfluss hat und dessen Folgen trotz Anwendung der gebotenen Sorgfalt von ihr nicht hätten vermieden werden können, oder
 - von der Bank aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung herbeigeführt wurden.
- 12. Haftung des Karteninhabers für nicht autorisierte Kartenverfügungen**
- 12.1 Haftung des Karteninhabers bis zur Sperranzeige**
- (1) Verliert der Karteninhaber seine Karte, wird sie ihm gestohlen oder kommt sie ihm sonst abhanden und kommt es dadurch zu einer nicht autorisierten Kartenverfügung in Form der Verwendung der Karte bei einem Vertragsunternehmen, so haftet der Karteninhaber für Schäden, die bis zum Zeitpunkt der Sperranzeige verursacht werden, in Höhe von maximal 150 Euro, ohne dass es darauf ankommt, ob ihn an dem Verlust, Diebstahl oder sonstigem Abhandenkommen ein Verschulden trifft.
- (2) Handelt es sich bei dem Karteninhaber nicht um einen Verbraucher oder erfolgt der Einsatz der Karte in einem Land außerhalb Deutschlands und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) (Drittstaat) oder in der Währung eines Staates außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (Drittstaatenwährungszahlung) trägt der Karteninhaber den aufgrund nicht autorisierter Kartenverfügungen entstehenden Schaden auch über einen Betrag von maximal 150 Euro hinaus, wenn er die ihm nach den diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen obliegenden Pflichten fahrlässig

verletzt hat. Hat die Bank durch eine Verletzung ihrer Pflichten zur Entstehung des Schadens beigetragen, haftet die Bank für den entstandenen Schaden im Umfang des von ihr zu vertretenden Mitverschuldens.

- (3) Der Karteninhaber ist nicht zum Ersatz des Schadens nach Absatz 1 und Absatz 2 verpflichtet, wenn der Karteninhaber die Sperranzeige nicht abgeben konnte, weil die Bank nicht die Möglichkeit zur Entgegennahme der Sperranzeige sichergestellt hatte und der Schaden dadurch eingetreten ist.
- (4) Kommt es vor der Sperranzeige zu einer nicht autorisierten Kartenverfügung und hat der Karteninhaber seine Sorgfaltspflichten nach diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt oder in betrügerischer Absicht gehandelt, trägt der Karteninhaber den hierdurch entstandenen Schaden in vollem Umfang. Grobe Fahrlässigkeit des Karteninhabers kann insbesondere dann vorliegen, wenn er den Verlust, Diebstahl oder die missbräuchliche Kartenverfügung der Bank schuldhaft nicht unverzüglich mitgeteilt hat.

- (5) Die Haftung des Karteninhabers beschränkt sich auf das jeweils auf dem Kartenkonto vorhandene Guthaben.

12.2 Haftung des Karteninhabers ab Sperranzeige

Sobald der Verlust oder Diebstahl der Karte, die missbräuchliche Verwendung oder eine sonstige nicht autorisierte Nutzung der Karte gegenüber der Bank angezeigt wurde, übernimmt die Bank alle danach durch Verfügungen in Form der Verwendung der Karte bei einem Vertragsunternehmen entstehenden Schäden. Handelt der Karteninhaber in betrügerischer Absicht, trägt der Karteninhaber auch die nach der Sperranzeige entstehenden Schäden.

13. Eigentum und Gültigkeit der Karte

- (1) Die Karte bleibt im Eigentum der Bank. Sie ist nicht übertragbar. Die Karte ist 1 Jahr ab Kauf bzw. Freischaltung gültig. Rechtzeitig vor Ablauf der Gültigkeitsdauer übermittelt die Bank dem Karteninhaber eine neue Karte, sofern dieser eine Karte der Produktstufe identifiziert besitzt.
- (2) Mit der Aushändigung einer neuen, spätestens aber nach Ablauf der Gültigkeit der Karte ist die Bank berechtigt, die alte Karte zurückzuverlangen. Endet die Berechtigung, die Karte zu nutzen, vorher (z. B. durch die Kündigung des Kartenvertrages), so hat der Karteninhaber die Karte unverzüglich an die Bank zurückzugeben.
- (3) Die Bank behält sich das Recht vor, auch während der Laufzeit einer Karte diese gegen eine neue auszutauschen; Kosten entstehen dem Karteninhaber dadurch nicht.

14. Kündigungsrecht des Karteninhabers

Der Karteninhaber kann den Kartenvertrag jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen.

15. Kündigungsrecht der Bank

- (1) Die Bank kann den Kartenvertrag unter Einhaltung einer angemessenen, mindestens zweimonatigen Kündigungsfrist kündigen. Die Bank wird den Kartenvertrag mit einer längeren Kündigungsfrist kündigen, wenn dies unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Karteninhabers geboten ist.
- (2) Die Bank kann den Kartenvertrag fristlos kündigen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, durch den die Fortsetzung dieses Vertrages auch unter angemessener Berücksichtigung der berechtigten Belange des Karteninhabers für die Bank unzumutbar ist.

16. Folgen der Vertragsbeendigung

Mit der Beendigung des Kartenvertrages darf die Karte nicht mehr benutzt werden. Sie ist unverzüglich und unaufgefordert an die Bank zurückzugeben. Das nicht verbrauchte Kartenguthaben wird von der Bank nach Maßgabe von Ziffer 6 Abs. (3) erstattet, wobei nur eine Erstattung des gesamten nicht verbrauchten Kartenguthabens möglich ist.

17. Einziehung und Sperre der Karte

Die Bank darf die Karte sperren und den Einzug der Karte (z. B. durch Vertragsunternehmen) veranlassen,

- wenn sie berechtigt ist, den Kartenvertrag aus wichtigem Grund zu kündigen,

- wenn sachliche Gründe im Zusammenhang mit der Sicherheit der Karte dies rechtfertigen oder
- wenn der Verdacht einer nicht autorisierten oder betrügerischen Verwendung der Karte besteht.

Die Bank wird den Karteninhaber unter Angabe der hierfür maßgeblichen Gründe möglichst vor, spätestens jedoch unverzüglich nach der Sperre, über die Sperre unterrichten. Die Bank wird die Karte auf Wunsch des Karteninhabers durch eine neue Karte ersetzen, wenn die Gründe für die Sperre nicht mehr gegeben sind. Auch hierüber unterrichtet sie den Karteninhaber unverzüglich.

18. Änderungen der Geschäftsbedingungen

- (1) Änderungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen werden dem Karteninhaber spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform (z. B. per E-Mail oder über den Online-Kontozugang) angeboten. Die Zustimmung des Karteninhabers gilt als erteilt, wenn er seine Ablehnung nicht vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen angezeigt hat. Auf diese Genehmigung wird ihn die Bank in ihrem Angebot besonders hinweisen.

- (2) Werden dem Karteninhaber Änderungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen angeboten, kann er diese Geschäftsbeziehung vor dem vorgesehenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen auch fristlos und kostenfrei kündigen. Auf dieses Kündigungsrecht wird ihn die Bank in ihrem Angebot besonders hinweisen.

19. Mitteilungspflichten des Karteninhabers bei Änderungen seiner Kontaktdaten

Der Karteninhaber ist verpflichtet, der Bank einen Wechsel seines Wohnsitzes, Namensänderungen sowie Änderungen seiner mitgeteilten Telefonnummer(n) und E-Mail-Adresse(n) unverzüglich mitzuteilen.

20. Vertragssprache, Kommunikation

- (1) Maßgebliche Sprache für die Geschäftsbeziehung und die Kommunikation mit dem Karteninhaber während der Geschäftsbeziehung ist Deutsch.

- (2) Für Mitteilungen und Erklärungen, die die Geschäftsbeziehung betreffen oder mit dieser in Zusammenhang stehen, verwendet der Karteninhaber – sofern in diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen nichts Abweichendes geregelt ist – die folgenden Kommunikationswege:

E-Mail: service@wirecard.com

Telefon: +49 (0)30 300 110 400

Online: www.mywirecard.com

Postanschrift: Wirecard Bank AG, Postfach 31 05 44, 04163 Leipzig

21. Datenschutzrichtlinien

Die Bank wird personenbezogene Daten des Karteninhabers im Einklang mit ihren Datenschutzrichtlinien erheben, verarbeiten und nutzen.

22. Einlagensicherungsfonds

- (1) Schutzzumfang

Die Bank ist dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. angeschlossen. Der Einlagensicherungsfonds sichert alle Verbindlichkeiten, die in der Bilanzposition „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ auszuweisen sind. Hierzu zählen Sicht-, Termin- und Spareinlagen einschließlich der auf den Namen lautenden Sparbriefe. Die Sicherungsgrenze je Gläubiger beträgt bis zum 31. Dezember 2014 30 %, bis zum 31. Dezember 2019 20 %, bis zum 31. Dezember 2024 15 % und ab dem 1. Januar 2025 8,75 % des für die Einlagensicherung maßgeblichen haftenden Eigenkapitals der Bank. Für Einlagen, die nach dem 31. Dezember 2011 begründet oder prolongiert werden, gelten, unabhängig vom Zeitpunkt der Begründung der Einlage, die jeweils neuen Sicherungsgrenzen ab den vorgenannten Stichtagen. Für Einlagen, die vor dem 31. Dezember 2011 begründet wurden, gelten die alten Sicherungsgrenzen bis zur Fälligkeit der Einlage oder bis zum nächstmöglichen Kündigungstermin.

Diese Sicherungsgrenze wird dem Kunden von der Bank auf Ver-

langen bekannt gegeben. Sie kann auch im Internet unter www.bankenverband.de abgefragt werden. Sofern es sich bei der Bank um eine Zweigniederlassung eines Instituts aus einem anderen Staat des Europäischen Wirtschaftsraumes handelt, erbringt der Einlagensicherungsfonds Entschädigungsleistungen nur, wenn und soweit die Guthaben die Sicherungsgrenze der Heimatland-einlagensicherung übersteigen. Der Umfang der Heimatland-einlagensicherung kann im Internet auf der Webseite der jeweils zuständigen Sicherungseinrichtung abgefragt werden, deren Adresse dem Kunden auf Verlangen von der Bank mitgeteilt wird.

- (2) **Ausnahmen vom Einlegerschutz**
Nicht geschützt sind Forderungen, über die die Bank Inhaberpapiere ausgestellt hat, wie z.B. Inhaberschuldverschreibungen und Inhabereinlagenzertifikate, sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.
- (3) **Ergänzende Geltung des Statuts des Einlagensicherungsfonds**
Wegen weiterer Einzelheiten des Sicherungsumfanges wird auf § 6 des Statuts des Einlagensicherungsfonds verwiesen, das auf Verlangen zur Verfügung gestellt wird.
- (4) **Forderungsübergang**
Soweit der Einlagensicherungsfonds oder ein von ihm Beauftragter Zahlungen an einen Kunden leistet, gehen dessen Forderungen gegen die Bank in entsprechender Höhe mit allen Nebenrechten Zug um Zug auf den Einlagensicherungsfonds über.
- (5) **Auskunfterteilung**
Die Bank ist befugt, dem Einlagensicherungsfonds oder einem von ihm Beauftragten alle in diesem Zusammenhang erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

23. Außergerichtliche Streitschlichtung

Die Bank nimmt am Streitbeilegungsverfahren der Verbraucherschlichtungsstelle „Ombudsmann der privaten Banken“ (www.bankenombudsmann.de) teil. Dort hat der Verbraucher die Möglichkeit, zur Beilegung einer Streitigkeit mit der Bank den Ombudsmann der privaten Banken anzurufen. Betrifft der Beschwerdegegenstand eine Streitigkeit über einen Zahlungsdienstvertrag (§675f des Bürgerlichen Gesetzbuches), können auch Kunden, die keine Verbraucher sind, den Ombudsmann der privaten Banken anrufen. Näheres regelt die „Verfahrensordnung für die Schlichtung von Kundenbeschwerden im deutschen Bankgewerbe“, die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird oder im Internet unter www.bankenverband.de abrufbar ist. Die Beschwerde ist in Textform (z.B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) an die Kundenbeschwerdestelle beim Bundesverband deutscher Banken e. V., Postfach 04 03 07, 10062 Berlin, Fax: (030) 1663-3169, E-Mail: ombudsmann@bdb.de, zu richten.

Ferner besteht für den Kunden die Möglichkeit, sich jederzeit schriftlich oder zur dortigen Niederschrift bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn, und Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt am Main oder bei der Europäischen Zentralbank, Sonnemannstr. 20, 60439 Frankfurt am Main über Verstöße der Bank gegen das Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz (ZAG), die §§ 675c – 676c des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) oder gegen Art. 248 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) zu beschweren.

24. Vertragsübertragung

- (1) Die Bank ist zur Übertragung der Gesamtheit der Rechte und Pflichten aus dem Kartenvertrag auf die Wirecard Card Solutions Limited, Grainger Chambers, 3-5 Hood Street, Newcastle upon Tyne, NE1, Großbritannien (nachfolgend „Vertragsübertragung“), berechtigt. Die Vertragsübertragung wird dem Karteninhaber spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform (z. B. per E-Mail oder über den Online-Kontozugang) angeboten. Die Zustimmung des Karteninhabers gilt als erteilt, wenn er seine Ablehnung nicht vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Vertragsübertragung angezeigt hat. Auf diese Genehmigung wird ihn die Bank in ihrem Angebot besonders hinweisen.
- (2) Wird dem Karteninhaber die Vertragsübertragung angeboten, kann er diese Geschäftsbeziehung vor dem vorgesehenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Vertragsübertragung auch fristlos

und kostenfrei kündigen. Auf dieses Kündigungsrecht wird ihn die Bank in ihrem Angebot besonders hinweisen.

25. Maßgebliches Recht

Für die Geschäftsverbindung zwischen dem Karteninhaber und der Bank gilt deutsches Recht.

The terms and conditions below apply to the mywirecard 2go Visa prepaid cards of Wirecard Bank AG (hereinafter referred to as the "Bank"). The Bank is the cardholder's contractual partner.

The Bank is registered in Germany in the commercial register of the district court of Munich under HRB 161178 with registered office at Einsteinring 35, 85609 Aschheim, Germany (telephone: +49 (0)30 300 110 400, email: service@wirecard.com). The Bank's legal representatives are: Alexander von Knoop, Burkhard Ley and Rainer Wexeler. The Bank's main business activities are operations encompassing all types of banking business and related transactions. The Bank is regulated by the German Financial Supervisory Authority (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Strasse 108, 53117 Bonn and Lurgiallee 12, 60439 Frankfurt/Main, Germany, www.bafin.de). The Bank is registered in the company database maintained by the German Financial Supervisory Authority (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) under no. 117969.

The cardholder may request a copy of these terms and conditions from the Bank at any time.

1. Product levels

mywirecard 2go Visa cards (hereinafter referred to as the "card") issued by the Bank are available in the following product levels:

(1) Product level – basic

As part of the basic product level, the cardholder may only load cash onto their card once and only when purchasing the card from one of the Bank's branches. The maximum amount that can be loaded on the card is limited to EUR 100.00. Cards may only be loaded in one of the Bank's branches. As part of the basic product level, the cardholder will not need to provide proof of identity when purchasing the card. However, the cardholder must activate the card before using it for the first time by entering the access code received by text message.

(2) Product level – registered

As part of the registered product level, the cardholder may load a maximum amount of EUR 100.00 per month onto their card. The maximum credit balance on the card is EUR 100.00. The card may only be loaded and topped up via transfer to the Bank from a bank account in the cardholder's name to the account nominated by the Bank for this purpose, or by loading and topping up the card in one of the Bank's branches. As part of the registered product level, the cardholder must register on the mywirecard website. When registering, the cardholder must indicate their full name, gender, address, date of birth, nationality, mobile phone number and an email address (hereinafter referred to as the "cardholder's details"). The Bank will check the accuracy of the cardholder's details. The Bank has the right to refuse the cardholder for the registered product level if, following verification of the cardholder's details, there is doubt concerning the accuracy of these. To activate the card, the cardholder must enter the access code received by text message.

(3) Product level – identified

As part of the identified product level, the cardholder may load money onto their card in an unlimited amount. The card may only be loaded and topped up via transfer to the Bank from a bank account in the cardholder's name to the account indicated by the Bank for this purpose, or by loading and topping up the card in one of the Bank's branches. As part of registration process, the cardholder must indicate their cardholder's details. In addition, the cardholder must bring personal identification to one of the branches of Deutsche Post AG where their identity will be checked using the PostIdent procedure. At the cardholder's request, the Bank will send a PostIdent coupon to them for this purpose. The Bank has the right to refuse the cardholder for the identified product level if, following verification of the cardholder's details, there is doubt concerning the accuracy of these.

(4) During the term of the card agreement, the cardholder may request a change at any time on the mywirecard website from the basic product level to the registered or identified product levels and from the registered product level to the identified product level. The cardholder will be given access to the registered and identified product levels once the Bank has carried out the identification measures described in 1 (2) or (3) above and the outcome is satisfactory.

(5) In view of the anti-money laundering requirements that apply to the Bank, the Bank is obliged, if applicable, to obtain personal information and documents from the cardholder during the term of the agreement as well as, if applicable, information and documents about other circumstances regarding the agreement. At the Bank's request, the cardholder undertakes to make available to the Bank any information and documents it requires to fulfil its duties under anti money laundering legislation and immediately advise the Bank of any change that may occur during the term of the agreement.

2. Using the card

- (1) The cardholder may use the card issued to them by the Bank in Germany and, as an additional service, also abroad within the VISA network at companies which accept the card as a payment method (hereinafter referred to as the "merchant") for payment purposes. Merchants are identified by the brand logos displayed on the card. The card may not be used to obtain cash from ATMs.
- (2) The cardholder may only use the credit balance on the card for the use described above. The value of each transaction and any transaction fees that apply reduce the available card balance. If the total amount of any transaction including transaction fee exceeds the balance, then the transaction cannot be completed.
- (3) In addition, the limits specified in the appendix "mywirecard charges" apply when using the card as well as any other limits separately agreed by the Bank with the cardholder.
- (4) A cardholder with a card of registered or identified product level has online access to their card account via the mywirecard website (hereinafter referred to as "online account access"). The cardholder is able to view their monthly billing and information (account movements, credit and account balances) via the online account access. The cardholder must immediately check monthly billing and the other information for accuracy and completeness and raise any objections immediately. To use the online account access, the cardholder chooses a password. This password is used to identify the cardholder and must not be shared with unauthorised third parties.

3. Authorisation of Card Payments by the Cardholder

- (1) When using the Card
 - either a sales draft, to which the merchant has transferred the card details, must be signed
 - or the PIN must be entered at ATMs and automated points-of-sale/checkouts.

Following prior agreement between the cardholder and the merchant the cardholder can, by way of exception - especially in order to speed up a transaction - waive signing the sales draft, and instead state only his card number and, as the case may be, the expiry date and the card verification number.
- (2) By using the Card, the cardholder approves (authorises) execution of the card payment. If a PIN or signature are additionally required, authorisation is not given until they have been entered/signed respectively. Once authorised, a cardholder can no longer revoke the card payment.

4. Card Payments Declined by the Bank

- The Bank shall be entitled to decline the card payment if
- the cardholder has failed to prove his identity by entering his PIN,
 - the card transaction limit applicable to the card payment or the financial usage limit has not been complied with, or
 - the card is blocked.
- The cardholder will be informed of this via the terminal at which the card is used.

5. Receipt of the payment order by the Bank, transaction date

- (1) The payment process is triggered by the merchant. The payment order is received by the Bank when the Bank receives it from the merchant.
- (2) If the date on which a payment order is received is not a business day of the Bank, the payment order is deemed to have been received on the next following business day.
- (3) If the Bank receives a payment order after 4 p.m., the payment

order is only deemed to have been received on the next following business day in terms of establishing the transaction date (see 5 (4) below).

- (4) After the Bank has received the payment order, it must ensure that the amount is received by the payee's payment service provider within one (1) business day for payment processes in euros within the European Economic Area (EEA). Payment processes within the European Economic Area (EEA) in EEA currencies other than the euro are completed within one (1) business day of receipt of the payment order by the Bank. Payment processes outside the European Economic Area (EEA) and payment processes in currencies other than the euro or EEA currencies are completed as soon as possible after receipt of the payment order by the Bank.
- (5) A business day is any day on which the payment service providers involved in the execution of a payment process maintain the business operations required for executing payment processes. The Bank maintains the business operations required for executing payment processes on all bank working days. A bank working day is any day (except Saturdays and Sundays) on which financial institutions in Germany (Frankfurt/Main is the reference location) have opening hours.

6. Loading and topping up the card, maximum amount, redemption, no interest on credit balances

- (1) The cardholder may load and/or top up their card account with the maximum amounts indicated in 1 (1) to (3) above – depending on the relevant product level – using the payment methods indicated in 1 (1) to (3) above.
- (2) Using credit balances on a card account for any other purpose than use of the card as specified in 2 above is not permitted. 6 (3) below remains unaffected by this provision.
- (3) The cardholder may request from the Bank at any time during the term of the card agreement payment in full or in part of the credit balance on their card account to the bank account nominated by the cardholder (redemption). Payment of a credit balance may only be requested to the extent that it has not already been blocked for card transactions that have already been authorised. Redemption requests must be made in writing, signed by the cardholder, and sent to the Bank's address, as specified above. Where the redemption amount is EUR 1,000.00 or more, the cardholder must provide personal identification in a branch of Deutsche Post AG by means of the PostIdent procedure before redemption can take place. This does not apply to the identified product level. At the cardholder's request, the Bank will send a PostIdent coupon to them for this purpose. For redemption requested by the cardholder prior to expiry of the card agreement or more than one (1) year after the end of the card agreement, fees may apply in accordance with the appendix "mywirecard charges".
- (4) No interest is paid on credit balances in the card account.

7. Cardholder's duty of care and obligation to cooperate

- 7.1 Signature
On receiving their card, the cardholder must immediately sign it in the signature field.
- 7.2 Keeping the card secure
The card must be kept secure at all times to avoid loss or misuse. In particular, it must not be left in vehicles when no-one is in the vehicle. This is because any person in possession of the card is able to use it for unauthorised payments.
- 7.3 Cardholder's information and notification duties
 - (1) If the cardholder realises that their card is lost or stolen, or that it has been used for unauthorised payments, they must contact the Bank immediately so that the card can be blocked. The cardholder will receive separate information with the contact details for notifying that a card is lost or stolen. The cardholder must also report any theft or misuse to the police immediately.
 - (2) If the cardholder suspects that another person has got hold of their card without authorisation, misuse or any other unauthorised use of the card, they must also immediately make a blocking notification.
 - (3) The cardholder must immediately notify the Bank after they become aware of an unauthorised or incorrectly processed card transaction.

8. Payment obligations of the cardholder

- (1) The Bank undertakes vis-à-vis merchants to settle the purchases made by the cardholder using the card. The cardholder, for their part, undertakes to reimburse the Bank for these expenses.
- (2) The Bank has the right to set off any payments due under the card agreement, in particular reimbursement of the expenses owed as per 8 (1) above and any charges and fees to be paid by the cardholder, against credit balances on the card account. Where the credit balance on the card account is not sufficient for this purpose, the cardholder must pay any difference to the Bank.
- (3) The Bank advises the cardholder at least once a month of all expenses arising in connection with the settlement of card transactions via the cardholder's online account access.
- (4) The cardholder must assert any objections and other complaints under the agreement with the merchant where the card was used directly vis-à-vis the merchant. Such objections and complaints do not affect the cardholder's payment obligations to the Bank.

9. Foreign currency translation

If the cardholder uses the card for transactions which are not in euros, the card account will nevertheless be debited in euros. The exchange rate for foreign currency transactions is explained in the appendix "mywirecard charges". Any change to the reference exchange rate, if such is indicated in the conversion regulations, comes into force immediately and without prior notification to the cardholder.

10. Charges and fees

- (1) The charges and fees owed by the cardholder to the Bank are indicated in the appendix "mywirecard charges".
- (2) The cardholder will be notified of changes to fees in writing (e.g. by email or via online account access) no later than two months before they come into force. The cardholder's consent is deemed to have been given if they fail to raise any objections before the proposed date when changes are to come into force. In its offer, the Bank will specifically highlight this deemed consent.
- (3) If the cardholder is offered changes to fees, they may immediately end the agreement free of charge before the proposed date when the changes come into force. The Bank will specifically highlight this right to end the agreement in its offer to the cardholder.

11. Cardholder's right to a refund and compensation

- 11.1 Refund for unauthorised use of the card
In the event of an unauthorised card transaction in the form of use of the card at a merchant, the Bank has no claim against the cardholder for refund of its expenses. The Bank undertakes to refund the full amount to the cardholder immediately. If the card account was already debited with the amount, the Bank returns the account to the status it would have been in without the unauthorised card transaction.
- 11.2 Refund for omitted or incorrect processing of an authorised card transaction
 - (1) In the event of omitted or incorrect processing of an authorised card transaction in the form of use of the card at a merchant, the cardholder may request immediate refund in full of the relevant amount from the Bank to the extent that the card transaction was omitted or incorrect. If the card account was already debited with the amount, the Bank returns the account to the status in which it would have been without the omitted or incorrect card transaction.
 - (2) Beyond (1) above, the cardholder may request a refund of fees and interest from the Bank to the extent that they were charged such fees and interest in connection with the omitted or incorrect processing of the authorised card transaction, or their card account was debited accordingly.
 - (3) If incorrect processing consists of in an authorised card transaction only being received by the payee's payment service provider after the processing period in accordance with 5 (4) above has expired (delay), the cardholder's claims under 1 and 2 above are excluded. If the cardholder has incurred a loss as a result of the delay, the Bank is liable as per 11.3 below.
 - (4) If an authorised card transaction was not or was incorrectly processed, the Bank will trace the card transaction at the cardholder's request and advise them of the outcome.
- 11.3 Cardholder's compensation claims based on an unauthorised, or

omitted or incorrect processing of an authorised card transaction
In the event of an unauthorised card transaction, or in the event of omitted or incorrect processing of an authorised card transaction, the cardholder may request that the Bank reimburse any loss that is not already covered by 11.1 and 11.2 above. This does not apply if the Bank is not responsible for the breach of duty. However, the Bank is responsible for any fault attributable to an intermediary as it would be for its own fault, unless the main cause lies with an intermediary specified by the cardholder. If the cardholder is not a consumer, or the card is used in a country other than Germany outside the European Economic Area (EEA), (third party country), or in the currency of a country outside the EEA (third party currency payment), the Bank's liability in respect of a fault by an office involved in processing the relevant payment is limited to careful selection and instruction of such office. If the cardholder has contributed to the loss arising through negligence, the extent to which the Bank and the cardholder incur the loss is determined by the principles of contributory negligence. Liability in accordance with this paragraph is limited to EUR 12,500.00 per card transaction. This amount-based limitation of liability does not apply

- to card transactions that are not authorised by the cardholder,
- in the event of the Bank's intent or gross negligence,
- to risks that the Bank has specifically assumed, and
- to any loss of interest incurred by the cardholder if the cardholder is a consumer.

11.4 **Deadline for asserting claims under 11.1 to 11.3 above**
Claims against the Bank as per 11.1 to 11.3 above are excluded if the cardholder has not informed the Bank immediately, however, no later than 13 months after the debit date of a card transaction, that the card transaction was unauthorised, omitted or incorrect. The 13-month period only starts if the Bank has notified the cardholder of the debit entry resulting from use of the card in accordance with the procedure agreed for information about account movements, no later than within one month of the debit entry. Otherwise, the period starts on the date of notification. The cardholder may also assert liability claims, as per 11.3 above, after the end of the period indicated in clause 1 if they were prevented from meeting the deadline through no fault of their own.

11.5 **Right to a refund for authorised card transaction without accurate indication of amount, and date for asserting the claim**

- (1) The cardholder may request an immediate refund in full from the Bank of an amount if they authorised a card transaction at a merchant in such a way that
 - the exact amount was not indicated during the authorisation process and
 - the payment process exceeds the amount which the cardholder may have expected based on their spending behaviour up to that date, the content of the card agreement and the circumstances in each case. Reasons connected with any currency conversion are not considered if the agreed exchange rate was used as the basis.
- (2) The cardholder undertakes to describe the factual circumstances to the Bank, on which they base their claim for a refund.
- (3) The right to a refund is excluded if it is not asserted vis-à-vis the Bank within eight weeks of the date on which the transaction amount is debited to the card account.

11.6 **Exclusion of liability and objections**
Cardholder claims against the Bank as per 11.1 to 11.5 above are excluded if the circumstances leading to the claim

- are based on an unusual and unforeseeable event over which the Bank has no control and the consequences of which it could not have prevented despite due care, or
- were brought about by the Bank because of a legal obligation.

12. Cardholder's liability for unauthorised card transactions

- 12.1 **Cardholder's liability up to blocking notification**
- (1) If the cardholder's card is lost, stolen or otherwise missing and this results in an unauthorised card transaction in the form of use of the card at a merchant, the cardholder is responsible for losses occurring up to the time of the blocking notification, up to a maximum of EUR 150.00. It is irrelevant whether the card is lost, stolen or otherwise missing through the cardholder's fault.
 - (2) If the cardholder is not a consumer, or if the card is used in a country other than Germany outside the European Economic Area

(EEA), (third party country), or in the currency of a country outside the European Economic Area (third party currency payment), the cardholder is also liable for the loss arising from unauthorised card transactions in excess of a maximum amount of EUR 150.00 if they were in breach of their duties under these general terms and conditions through negligence.

If the Bank contributed to the loss arising through breach of its duties, the Bank is liable for the loss arising to the extent of its contributory negligence.

- (3) The cardholder is not obliged to refund a loss as per paragraph 1 and paragraph 2 if the cardholder was unable to make a blocking notification, because the Bank had not ensured a possibility for accepting the blocking notification and the loss occurred as a result of this.
- (4) If an unauthorised card transaction is made before the blocking notification and the cardholder breached their duty of care under these terms and conditions with intent or through gross negligence, or acted with fraudulent intent, the cardholder is responsible for the loss arising in full. Gross negligence on the part of the cardholder may apply, in particular, if the loss, theft or misuse of the card was not immediately notified to the Bank through their own, personal fault.
- (5) The cardholder's liability is limited to the credit balance on the card account in each case.

12.2 Cardholder's liability after blocking notification

As soon as the loss or theft of the card, misuse or any other unauthorised use of the card has been reported to the Bank, the Bank assumes any loss arising as a result of subsequent transactions in the form of use of the card at a merchant. If the cardholder acts with fraudulent intent, the cardholder is also responsible for any loss arising after the blocking notification.

13. Property and validity of the card

- (1) The card remains the Bank's property. It is not transferable. The card is valid for 1 year after it is bought and/or activated. The Bank sends the cardholder a new card in good time before the validity period expires, provided that the cardholder has a card of identified product level.
- (2) However, when a new card is issued no later than the expiration date of the card's validity period, the Bank has the right to request that the old card be returned to it. If authorisation to use the card ends before this date (e.g. because the card agreement is ended), the cardholder must immediately return the card to the Bank.
- (3) The Bank reserves the right to replace the card with a new card during the validity period of the card; the cardholder will not incur any cost as a result of this.

14. Cardholder's right to end the agreement

The cardholder may end the card agreement at any time without a notice period.

15. The Bank's right to end the agreement

- (1) The Bank may end the card agreement, subject to an appropriate notice period of at least two months. The Bank will end the card agreement subject to a longer notice period if this is appropriate, taking into account the cardholder's interests.
- (2) The Bank may end the card agreement immediately if there is a compelling reason which makes it unacceptable for the Bank to continue this agreement, including taking into account the legitimate interests of the cardholder.

16. Consequences of ending the agreement

If the card agreement is ended, the card must no longer be used. It must immediately be returned to the Bank without this requiring a separate request. Any unused card balance will be refunded by the Bank in accordance with 6 (3) above, whereby only a refund of the full unused card balance is possible.

17. Withdrawing and suspending the card

The Bank may block the card and arrange for withdrawal of the card (e.g. by merchants),

- if it has the right to end the card agreement for good cause,
- if pertinent reasons in connection with the security of the card

justify this, or

- if unauthorised or fraudulent use of the card is suspected.

The Bank will tell the cardholder that it is taking this action and provide its reasons for doing so before taking such action, where possible. However, this shall occur no later than immediately after the card is blocked. The Bank will replace the card with a new card at the cardholder's request if the reasons for blocking the card no longer apply.

The Bank will immediately tell the cardholder about this.

18. Amendments to the terms and conditions

- (1) Amendments to these terms and conditions will be offered to the cardholder in writing (e.g. by email or via online account access) no later than two months before the proposed date on which they are to come into force. The cardholder's consent is deemed to have been given if they fail to raise any objections by the proposed date when the amendments come into force. In its offer, the Bank will specifically highlight this consent.
- (2) If amendments to these terms and conditions are offered to the cardholder, they may immediately end the agreement free of charge before the proposed date when the amendments come into force. In its offer, the Bank will specifically highlight this right to end the agreement.

19. Cardholder's duty to notify any changes to their contact details

The cardholder undertakes to advise the Bank immediately of any change of residence, name and changes to the telephone number(s) and email address(es) given to the Bank.

20. Language of the agreement, communications

- (1) The decisive language for the agreement and communications with the cardholder during the term of the agreement is German.
- (2) For messages and explanations regarding the agreement or in connection with it, the cardholder uses the means of communication listed below, unless otherwise stated in these terms and conditions:
Email: service@wirecard.com
Telephone: +49 (0)30 300 110 400
Website: www.mywirecard.com
Address: Wirecard Bank AG, Postfach 31 05 44, 04163 Leipzig, Germany.

21. Data protection guidelines

The Bank will collect, process and use personal data of the cardholder in line with its data protection guidelines.

22. Deposit protection fund

(1) Scope of protection

The Bank is a member of the Deposit Protection Fund of the Association of German Banks (Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V.), hereinafter referred to as "Deposit Protection Fund". The Deposit Protection Fund protects all liabilities which are required to be shown in the balance sheet item "Liabilities to customers". Among these are demand, term and savings deposits, including registered savings certificates. The protection ceiling for each creditor is, until 31 December 2014, 30%, until 31 December 2019, 20%, until 31 December 2024, 15% and, as of 1 January 2025, 8.75% of the liable capital of the Bank relevant for deposit protection. Deposits established or renewed after 31 December 2011 shall be subject to the respective new protection ceilings as of the aforementioned dates, irrespective of the time when the deposits are established. Deposits established before 31 December 2011 shall be subject to the old protection ceilings until maturity or until the next possible withdrawal date.

The applicable protection ceiling shall be notified to the customer by the Bank on request. It is also available on the Internet at www.bankenverband.de. Where the Bank is a branch of a bank from another European Economic Area (EEA) country, the Deposit Protection Fund shall only provide compensation if and to the extent that the deposits exceed the protection ceiling of the home-country deposit guarantee scheme. The level of coverage provided by the home-country deposit guarantee scheme can be viewed on the Internet at the website of the relevant scheme, the address

of which shall be made available to the customer by the Bank on request.

- (2) Exemptions from deposit protection
Not protected are claims in respect of which the Bank has issued bearer instruments, e.g. bearer bonds and bearer certificates of deposit, as well as liabilities to banks.
- (3) Additional validity of the By-laws of the Deposit Protection Fund
Further details of the scope of protection are contained in Section 6 of the By-laws of the Deposit Protection Fund, which are available on request.
- (4) Transfer of claims
To the extent that the Deposit Protection Fund or its mandatory makes payments to a customer, the respective amount of the customer's claims against the Bank together with all subsidiary rights shall be transferred simultaneously to the Deposit Protection Fund.
- (5) Disclosure of information
The Bank shall be entitled to disclose to the Deposit Protection Fund or to its mandatory all relevant information and to place necessary documents at their disposal.

23. Extrajudicial dispute conciliation

The Bank participates in the dispute resolution scheme run by the consumer arbitration body "The German Private Banks' Ombudsman" (www.bankenombudsmann.de). Consumers may have any disputes with the Bank resolved by the Ombudsman. Where disputes concerning a payment services contract (Section 675f of the German Civil Code) are involved, customers who are not consumers also may request their resolution by the Ombudsman. Further details are contained in the "Rules of Procedure for the Settlement of Customer Complaints in the German Private Commercial Banking Sector", which are available on request or can be downloaded from the Internet at www.bankenverband.de. Complaints should be addressed in text form (e.g. by letter, telefax or email) to the Customer Complaints Office at the Bundesverband deutscher Banken (Association of German Banks), Postfach (P.O. Box) 040307, 10062 Berlin; fax: +49 (0)30 16633169; email: ombudsmann@bdb.de

If the matter being complained about concerns a dispute that falls within the scope of application of the law governing payment services (paragraphs 675c to 676c of the German Civil Code (Bürgerliches Gesetzbuch), art. 248 of the Introductory Act to the German Civil Code (Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch) and provisions of the German act on the supervision of payment services (Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz), there is also the possibility of filing a complaint with the (German) Federal Financial Supervisory Authority 1/European Central Bank 2. The procedural rules can be obtained from

- 1 Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn, Germany and Marie-Curie-Straße 24-28, 60439 Frankfurt am Main, Germany.
- 2 Europäischen Zentralbank, Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Germany.

24. Transfer of agreement

- (1) The Bank has the right to transfer all rights and obligations arising under the card agreement to Wirecard Card Solutions Limited, Grainger Chambers, 3-5 Hood Street, Newcastle upon Tyne, NE1, UK (hereinafter referred to as "transfer of agreement"). The cardholder will be offered a transfer of agreement in writing (e.g. by email or via online account access) no later than two months before the proposed date when it is to come into force. The cardholder's consent is deemed to have been given if they fail to raise any objections before the proposed date when the transfer of agreement is to come into force. In its offer, the Bank will specifically highlight this consent.
- (2) If the cardholder is offered a transfer of agreement, they may immediately end the agreement free of charge before the proposed date when the transfer of agreement comes into force. In its offer, the Bank will specifically highlight this right to end the agreement.

25. Applicable law

The agreement between the cardholder and the Bank is governed by German law.